

# Die Gewertschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 16. Oktober 1925

Nummer 42

## INHALTSVERZEICHNIS

Die soziale Lage der Arbeiter und ihre seelischen Auswirkungen .....	Matthias
Das KKK zu Dr. Reiffingers Ktennotiz .....	
Heim- und Arbeitsstätte .....	Dr. Hoffmann
Der Kampf der sächsischen Gemeindearbeiter um Ruheohn und unterschiedenen- versorgung .....	Freihler
Die sowjetrussischen Gewertschaften .....	
Staats- und Gemeindebetriebe müssen Musterbetriebe werden! .....	H. Schfart
Auf zur Tat! .....	Wili Walther
Landstrafenwärter • Aus unserer Bewegung • Internationale Kundschän • Kundschän	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schlefische Straße 42 / Telephon: Moritzpark 3105/06, 119 44

# Stottern

ohne Altersunterschied bald zu beseitigen, ohne Berufsstörung u. ohne Anstaltsbesuch (D.R.P.), sende jedem interessierten meine Broschüre über die Ursachen u. die Beseitigung des Stotterns kostenlos zu. **H. Stammer, Regensburg, (Görsberg-1099).**



**Das bewährte Fahrrad**

Lindcar-Werke, Akt.-Ges.  
Berlin-Lichtenrade

## Gesundheits-Pfeife



Das Dreyer-L-Pfeife mit elektrischem Brennen - absolut, vollständigster in Benutzung, höchste Leistung, 10-15 cm lang, keine Glut, **3,75 Mk.**

Spezialität: Restaurierung von Pfeifengeschäften.

Anerkannt beste Bezugsquelle für **billige böhmische Bettfedern**

1 Pfd. graue, gute, geschliss. 1.-, 1.20 M., halbweiße 1.50 M., weiße, flaumig, geschlissene 2.25, 3 M.; feinste, geschliss. 3 M. 1 Pfd. um-Herrschaftsbedern 4, 5, 6 M., 1 Pfd. Ruffiedern ungeschliss. mit Flaum gemengt, halbweiß 2.20 M., weiß 2.50, 3 25 M.; allerfeinst. Flaumrupf 4, 5 M.; Versand tollfrei, gegen Nachnahme v. 10 Pfd. an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Ausführliche Preisliste gratis.

**S. Deutsch, Prag-Weinberge, Kramerlova Nr. 26/791, Böhmen.**

**Billige böhmische Bettfedern!**

Ein kg. graue, geschliss. M. 3.-, halbweiße M. 4.-, weiße M. 5.-, bess. M. 6.-, 7.-, daunenweiße M. 8.-, 10.-, beste Sorte M. 12.-, 14.-, weiße ungeschliss. M. 7.50, 9.50, best. Sorte Mk. 11.- Versand portofrei, tollfrei gegen Nachn. Musier frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sachset, Lobes Nr. 268, b. Pilsen, Böhmen.

**Filiale Nordhausen.**

Das Geschäftszimmer der Filiale befindet sich **Krämerstraße 16**

im Hause des Kassierers Kollegen **Jawil.** Geöffnet für Auskunfts jeden Mittwoch, abends von 6-8 Uhr; für Auszahlung von Unterstützung jeden Sonnabend von 4-6 Uhr.

## Preiswertes Angebot.

Lieferung trotz Zollerhöhung vorläufig noch zu alten Preisen.

**Rein Uebersee-Tabakfabrikate**

Gold- u. Silber-Tabak-Präparat, Pfl. 0.50, 0.75, 1.-, 1.50, 1.80, 2.-, 2.50 M.  
Feldschlacht u. Kaiser-Tabak, Pfl. 1.50, 1.70, 2.-, 2.50, 2.80 M.  
Dreiviertel-Tabak, Pfl. 2.50, 3.-, 4.-, 4.50 M.  
Dreiviertel, 100 Stk., 1.50, 2.-, 2.50, 3.50, 4.50 M. - Bremer Tabak, 100 Stk., 1.-, 1.50, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-, 10.- M.

Alle verschickt ab hier. Bei Lieferung von 5 Pfd. an portofrei gegen Nachn. Bei Aufträgen von 25-50 M. an außerdem 5 Pfd. Rabat. Ausführliche Preisliste kostenlos.

**Carl Strodtmann**  
Breslau 25, Sletwahlstr. 43.  
Sept. 1925.

**Musik-Instrumente** aller Art, auch Spezial-Instrumente kauft man Sie am billigsten.

dr. a. Herstellungsort Katalog gratis. Zahl. nach Uebereink. ohne Teilzahlungsrech. fr. Nachnahme. 31 L. L. Reich. Nr. 133.

**Theaterstücke**

**für Vereins-Abende**

Reinhold, Verlagsgesellschaft, Leipzig. Kataloge kostenlos.

**A. Hoffmann's Verlag**

Berlin 6, Mühlentorstr. 22, Abt. 6

**Waimarbell** vergibt **P. Heister, Bremen 10.**

**Gummimäntel** stundenlang, aus Leder ... 15.50 M. mit Stoffung ... 22.00 M. Aufhängen ... 1.50 M. Schützlinge ... 15.00 M. auch Hochdruckvermeid.

**K. Schölich**  
Berlin SW 47, Brühlmannstr. 51b

Gummi Saug- etc. hyg. Art. Preis. send. gratis, disk. Versand. Pharm. hyg. Industrie Medicine, Berlin 2 54, Vorpomm. 25 u.

**Schweine-Kleinfleisch**

Primo frisch geschlachtet Metzger, Preis 1 Pfd. 4.50 M. 3 Pfd. Zerhackt, feinst, Packweise ... 17.50 M. 3 Pfd. zerhackt Schweinefleisch ... 18.00 M. 3 Pfd. feinst zerhackt ... 1.50 M. Packweise ... 4.10 M. Alle prima Ware, geliefert ab hier Nordhausen.

**Chr. Mehrens**, Nortorf (Holstein) 98.

## GUTACHTEN

des Herrn Ernst Dörner, Luckenwalde, Friedrichstraße 77, vom 7. September 1925:

„Meine Schwägerin, die an zwei Stöcken ging, kann jetzt nach Gebrauch des „Girheunal“ wieder ohne Stöcke gehen. Mir selbst hat das Präparat für mein altes Gichtleiden gute Besserung gebracht.“

## „GIRHEUNAL“

gegen

## Rheumatismus, Ischias, Hexenschuß, Gicht und Reißen.

Garantiert giftfreies Pflanzenprodukt von vorzüglicher Heilkraft. Unschädlich für Herz und Magen.

„Girheunal“ scheidet die Harnsäure aus.

Preis 2.- Mark pro Flasche

In each Schwan des Labors sind zu einer 1/2-Flasche erhältlich. Finden Sie den Weg zum

Alleinige Hersteller: **CARL KAISER & Co.**, Fabrik chem. pharm. Präparate, Berlin W 10, Königin-Augusta-Str. 64.

In fast allen Apotheken erhältlich; bestimmt durch die Versand-Apotheke: **Wieland-Apotheke**, Charlottenburg, Wielandstr. 15; **Augusta-Apotheke**, Berlin W 10, Königin-Augusta-Straße 22.

**Arcona-Räder**

Hundert L. H. und III. Preise

Eine Qualitätsmaschine von höchster Vollendung **Billig im Preis! 5 Jahre Garantie!** 100 000 km im Gebrauch!

Die bedeutendsten Rennfahrer d. Welt benutzen zu den billigsten u. schwergewichtigen **Arcona**, das beste Rad

Rennen nur **Arcona**, das beste Rad

Verlangen Sie Katalog gratis u. franko

**Ernst Machnow**  
BERLIN C 64, Weinmeisterstr. 14

Willste Musik treiben - Welche Dörfel schreibst!

**MUSIK Instrumente**

zu Orchester, Solo und Kammer

**Verlangen Sie Preisliste**

**MAX DÖRFEL**  
Klosterthal (Sachs. Nr. 36)

**Garderobe**

auf Teilzahlung

**Herrn Damen**

Anzüge, Hosen, Paletots, Kleider, Ulster, Paletots, Kostüme, Röcke

Gute Ware / Solide Preise  
Große Auswahl

**M. Beiser, Berlin** im Norden: Lohsestr. 97 / im Süden: Frankfurter Allee 338.

**Im Haus der Freudlosen**

Bild. aus d. Zuchthaus Fechenbach im Vorwort: Lest dies Buch u. gleitet dann noch gedankenlos über Nachrichten von Zuchthausurteilen in Zeitungen weg - wenn ihr es könnt.“

120 Seiten stark, Ganzleinenband, Preis 3.30 Mark

Zu beziehen durch die Abteilung Bücher und Schriften

**Verbandsmitglieder** beziehen ihre Literatur durch die Abteilung **Bücher und Schriften**

Wie geht **Oberlausitzer Wälder** aus. kaufen Sie bei **H. Bruno Kaiser**, Oberlichtenau Bez. Dresden.

Ländliche 3 Bk. St. nur 10 Mark - Winterurlaub nur 10 Mark - Preisliste gratis!

## Kollegen!

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß unverlangte

## Nachnahme-Sendungen,

die die Post vorlegt,

## nicht eingelöst

zu werden brauchen. Es besteht also keinerlei Verpflichtung, Nachnahme-Sendungen, die nicht bestellt sind, vom Postboten durch Bezahlung anzunehmen.

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moabitplatz 11 944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Die soziale Lage der Arbeiter und ihre seelischen Auswirkungen.



Die soziale Lage der Arbeiterschaft wird durch die schweren wirtschaftlichen Kämpfe gekennzeichnet, die gegenwärtig von den Gewerkschaften aller Berufe geführt werden müssen. Sie ist nach dem Urteil aller sozial Einsichtigen schlecht. So wurde erst vor kurzem auf der Tagung der deutschen Freunde des Quättertums in Eisenach — also einer rein bürgerlichen Vereinigung — in einer Entschliebung anerkannt, daß sich die Lebenshaltung von Millionen deutscher Volksgenossen, in erster Linie die große Masse der Lohnarbeiter, zurzeit auf oder unter dem Existenzminimum befindet. Die Unternehmer bestreiten das und setzen allen Bestrebungen der Gewerkschaften, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben, den schärfsten Widerstand entgegen. Ihre Bemühungen gehen dahin, die Löhne auf dem bisherigen unzureichenden Stand zu erhalten oder sogar abzubauen, die Arbeitszeit zu verlängern, angeblich, weil nur so die Leistungen der Arbeit gesteigert und die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig gemacht werden kann. Entgegen allen sozialen Rücksichten wollen sie die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter weiter herabdrücken, ohne zu begreifen, daß dadurch die wirtschaftlichen Gegensätze sich zu einer Schärfe entwickeln müssen, die für die Wirtschaft verhängnisvolle Wirkungen haben kann.

Ein altes, trotzdem wahres Wort sagt: „Der Mensch ist, was er ißt.“ Das besagt im Grunde nichts anderes, was auch die materialistische Erkenntnislehre feststellt, nämlich, daß der Mensch das Produkt seiner Lebensverhältnisse ist. Und zwar trifft das nicht nur für seine körperliche, sondern auch für seine geistige Entwicklung und Einstellung zu. Es gärt in der Arbeiterschaft! Bittere Unzufriedenheit über ihre Lage, heftige Erregung über die fortgesetzte Verschärfung ihrer Not machen sich überall bemerkbar. Das Unheimertum legt sich darüber anscheinend leicht hinweg, das Aufbäumen der Arbeiter gegen die sich stetig vollziehende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung lediglich als Folge gewerkschaftlicher Aufhebung betrachtend. Es beweist damit, daß es aus der Vergangenheit nichts gelernt hat und auch die Anforderungen der Gegenwart nicht zu verstehen vermag. Die Unternehmer kennen nur den schroffen Widerstand. An diesem Begriffsmangel scheitern alle Verständigungs- und Belohnungsversuche, gleich, von welcher Seite sie kommen. Und dieses Nichtverstehen der sozialen Lage der Arbeiter wie ihrer sich daraus ergebenden seelischen Einstellung beschränkt sich nicht nur auf die Unternehmer und die Regierung, sondern auch auf weite Kreise des Bürgertums; nur verhältnismäßig selten findet sich eine Ausnahme.

Eine solche bildet neben anderen der Theologe Karl Kühner, der dem Beispiel früherer Vorgänger folgend — es sei nur an den Genuß der Gähre und seine Schrift: „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde“ erinnert — durch den Eintritt in einen Industriebetrieb als Fabrikarbeiter den Versuch unternahm, die soziale Lage der Arbeiter und ihre seelische Einstellung aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Das Ergebnis seiner Beobachtungen wurde von Kühner mit anerkanntem Wertem Freimut vor kurzem in den „Theologischen Blättern“ bekanntgegeben. Was er hier schildert, stimmt durchaus mit dem überein, was bisher von gewerkschaftlicher Seite über die soziale Lage der Arbeiter dargelegt wurde. Kühner stellt fest, daß der heutige Lohn bei dem größten Teil der Industriebewohner kaum für die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse ausreicht. Nur selten sei es möglich, daß ein begabtes Arbeiterkind ein Handwerk oder einen höheren Beruf erlernen kann, weil dadurch der ganzen

Familie für Jahre unerschwingliche Opfer auferlegt werden. Weiterhin könne es kaum ein Arbeiter dahin bringen, sich ein Häuschen zu bauen und soviel Geld aufzusparen, um seinem Alter ruhig entgegenzusehen. Stets bleibe ihm die unheimliche Aussicht, eines Tages arbeitsunfähig und ungesichert dazustehen, trotzdem er das ganze Jahr fast ohne Unterbrechung arbeite. Hinzu kommen noch vielfach schlechte, die Gesundheit des Arbeiters wie seiner Familie untergrabende Wohnungsverhältnisse sowie eine oft gesundheitschädliche Beschäftigung und einseitige mechanische Arbeitsweise. Letztere besonders sei für den Arbeiter von den schlimmsten Wirkungen, indem sie den Menschen gegenüber den kunstvollen Automaten in den modernen Industriebetrieben zu einem schlechten Ersatz für einen Maschinenteil herabdrücke.

Diese äußeren Verhältnisse müssen — wie Kühner richtig bemerkt — auf das Innenleben der Arbeiter einwirken. Jeder Mensch erwarte von seinem Lebensberuf ein gutes Auskommen für sich und seine Familie sowie die schließliche Sicherstellung seines Alters. Daneben soll der Lebensberuf allen Fähigkeiten, die man besitzt, die Möglichkeit zur Entfaltung bieten: Beides sei aber für den Fabrikarbeiter unmöglich gemacht, was nicht ohne Folgen bleiben könne. Diese Folgen treten denn auch in weitem Umfange zutage. Es sei falsch, anzunehmen, daß der Arbeiter bei seiner ganz mechanischen Maschinenarbeit allen möglichen interessanten Dingen nachzudenken imstande ist. Er habe — drei Monate lang mit der gleichen Arbeit an einer Stanze beschäftigt — den Versuch dazu unternommen. Er sei ihm aber mißlungen, nicht nur weil dadurch die Arbeitsleistung unter die vorgeschriebene Akfordleistung zurückging, sondern auch die Gefahr eines Unfalls eintrat, der ihm leicht die Hand kosten konnte. So lasse selbst die mechanische Arbeitsweise ein Denken des Arbeiters nicht zu, obwohl bei ihm hierfür ein ungestillt bleibender Trieb vorhanden sei. Dadurch werden alle Fragen, die den Arbeiter anfangs bewegen, langsam abgetötet, bis er schließlich einer schauerlichen Stumpfheit allen wichtigen Dingen gegenüber verfallt, eine ungeheure Gefühlsverrohung eintrete, daneben sich aber bei ihm auch der Klassenhaß entwickle.

Dieses Gefühl werde durch die Lage des Arbeiters erzeugt und gesteigert. Wenn endlich ein paar Sonnenstrahlen an einem herrlichen Sommertag zu seinem düsteren Arbeitsplatz hereindringen, wenn er auf dem Heimweg an den Schaulustern, voll mit notwendigen, für ihn aber unerschwinglichen Dingen, vorüberkommt, wenn er am Sonntag einen Gang durch die Felder machen kann, dann steige immer aufs neue in ihm das Bewußtsein auf, versklavt zu sein. Der höchste Grad der Verbitterung werde aber erreicht, wenn der Arbeiter an sich selbst wahrnehme, wie er allem Dasein gegenüber immer stumpfer werde und in sittlicher Beziehung immer tiefer in den Sumpf gerate. Wer das Leben an der Maschine und in den Bergwerken sowie die dadurch geschaffene Atmosphäre kenne, der wisse, daß die Entwicklung in der Richtung dichten Verkommens bei der Arbeiterschaft mit wachsender Geschwindigkeit fortschreite und immer mehr Menschen mit sich reißt, alle die aber, welche noch nicht so tief gesunken sind, glückliche Ausnahmen bilden.

Wer will behaupten, daß diese Behauptungen falsch oder übertrieben sind, sofern er die Verhältnisse der Arbeiter näher und objektiver untersucht hat? Wenn die geschilderten Verhältnisse auch am stärksten in den industriellen Zentren auftreten, wo die Entwicklung zur rein mechanischen Arbeitsweise mit Riesenschritten fortschreitet, so sind die die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, ihr Fühlen und

Denken herabdrückenden Tendenzen doch mehr oder weniger überall vorhanden und werden durch die brutale Ablehnung selbst der berechtigtesten Forderungen der Arbeiter auf Erhöhung ihrer Lebenshaltung, Einhaltung einer vernünftigen Arbeitszeit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Gewährung von Ferien und sozialen Schutz verstärkt. Selbstverständlich ist nicht daran zu denken, daß Feststellungen der Art, wie sie hier vorliegen, auf das Unternehmertum den geringsten Einfluß ausüben. Einzelne Ausnahmen wollen nichts besagen. Das Unternehmertum im allgemeinen hat für der-

artige Dinge kein Ohr. Beherrscht von dem engherzigen und kurz-sichtigen Streben nach möglichst hohem Gewinn, setzt es sich über alle noch so wohlgemeinten Mahnungen und Warnungen hinweg, schlägt sie in den Wind, mögen sie kommen, woher sie wollen. Demgegenüber bleibt den Arbeitern nichts anderes als die Selbsthilfe, der gewerkschaftliche Kampf, das Ringen um ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg übrig, wenn sie nicht der körperlichen und geistigen Verelendung anheimzufallen, in Schmutz und Stumpfsinn untergehen wollen. S. Mattulat.

## Das RAM. zu Dr. Meißingers Aktennotiz.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat dem Vorstand des ADGB die versprochene schriftliche Darlegung seiner Politik zugewandt, nebst einer Erklärung des Ministerialdirektors Dr. Sijler zu den dem RAM. vorgelegten 22 Fragen. Nr. 41 der „Gewerkschafts-Zeitung“ des ADGB. veröffentlicht beide im Wortlaut. Nach den Darstellungen Dr. Sijlers muß man glauben, daß Dr. Meißinger viele Äußerungen Dr. Sijlers falsch wiedergegeben oder mißverstanden hat.

Zur Lohnpolitik führt der Minister aus, daß es Sache der Gewerkschaften und Unternehmer sei, sich zu einigen, das Ministerium greife nur ein, wo eine Verständigung nicht gelinge, oder eine Partei zu schwach sei, um die notwendige Gestaltung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Hier ist zunächst zu betonen, daß die Gewerkschaften mit Recht für sich in Anspruch nehmen, im Wirtschaftskampf der schwächere Teil zu sein, so namentlich nach jener furchtbaren Inflation, die die Gewerkschaften ohne ihre Schuld fast zu Boden drückte. Leider muß hier betont werden, daß man in der vergangenen Zeit wenig davon gemerkt hat, vom Reichsarbeitsministerium eine fühlbare Hilfe erhalten zu haben. Vielmehr setzte sich bei den Arbeitern mit Recht der Gedanke fest, daß die staatliche Hilfe dem stärkeren Teil, den Unternehmern zuteil wurde. Der Minister erklärt ferner, daß das Ministerium sich niemals allgemein gegen Lohnserhöhungen ausgesprochen habe. Wenn in dieser Erklärung das Wort „allgemein“ nicht vorhanden wäre, dann könnte das Ministerium in den Augen der Arbeitnehmer maßlos dastehen, vorausgesetzt, daß es sich auch wirklich so verhielte. Aber da der Minister die Einschränkung „allgemein“ selbst macht, darf man wohl mit Recht der Meinung sein, das Ministerium hat sich vielleicht mehr als wir ahnen gegen Lohnserhöhungen ausgesprochen.

Insbesondere die Gemeindegewerkschaften haben hier Ursache, sehr mißtrauisch gegenüber dem RAM. zu sein. Das Wort von der „unsinnigen Lohnpolitik der Gemeindegewerkschaften“, über die nach der Aktennotiz Dr. Meißinger und Dr. Sijler einer Meinung waren, wird von letzterem in der Beantwortung der 22 Punkte keineswegs widerlegt. Dr. Sijler sagt vielmehr:

„Es wird kaum bestritten werden können, daß zwischen den Vätern der Gemeindegewerkschaften und denen gelernter Handarbeiter am gleichen Orte vielfach ein hartes Mißverhältnis besteht. Im übrigen habe ich mit Dr. Meißinger weniger über die Lohnpolitik als über die gesamte Finanzverbarung (s. S. 2) über die Bautätigkeit vieler Gemeinden gesprochen, die ja auch von anderer Seite vielfach kritisiert worden ist.“

Das kann doch nicht anders gemeint sein, als: die Löhne der Gemeindegewerkschaften (der ungelerten wie auch der gelernten) sind zu hoch und müssen niedriger gehalten werden. Und das alles, obwohl beispielsweise in Berlin der Reallohn mancher Gemeindegewerkschaften nur etwa 67 Proz. des Vorkriegsstandes beträgt.

Dr. Brauns erklärt weiter: Das Ministerium habe jede wirtschaftlich tragbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen begrüßt „und sich im Rahmen des Möglichen für den Schutz der wirtschaftlich Schwächeren eingesetzt. Auch in den letzten beiden Monaten haben nach einer vom Minister beigelegten Uebersicht Schiedsprüche oder Einigungen im Reichsarbeitsministerium fast durchweg Lohnserhöhungen, und zwar zwischen 3 und 10 Proz., erbracht.“

Hier kann sofort die Frage aufgeworfen werden: was liegt im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen? Wer bestimmt die wirtschaftlich tragbare Verbesserung? Bei allen Lohnverhandlungen spielen die Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern um die Frage der wirtschaftlichen Tragbarkeit der Forderungen eine große Rolle. Selten kommen die beiden Parteien hier überein, im Gegenteil glauben die Arbeitervertreter fast immer, daß die Wirtschaftslage der betreffenden Industriebranche die Lohnforderungen der Gewerkschaften zu tragen vermag. Entsprechende Abwege werden in der Regel von den Unternehmern nicht anerkannt. Will etwa das Ministerium hier von sich aus bestimmen, was wirtschaftlich tragbar ist oder nicht? Genau so steht es mit dem Schutz der Schwächeren im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen. Unter-

nehmer und Gewerkschaften stimmen auch hier fast nie überein. Wie also sieht das Ministerium diesen Rahmen? Nach der Vergangenheit zu urteilen, muß man leider sagen, daß der Rahmen des wirtschaftlich Möglichen, wie ihn das Reichsarbeitsministerium sieht, äußerst knapp bemessen ist.

Zu der Frage der Verbindlichkeitserklärungen habe ich die Stellung des Ministeriums nicht geändert. So wünschenswert fortschreitende Selbstverantwortung und freie Verständigung der Parteien sei, so könne, zumal die Parteien selbst wirksame Tarifinstanzen leider nicht geschaffen hätten, eine Gesetzesänderung in der Richtung einer Preisgabe der Verbindlichkeitserklärungen nicht erfolgen. Wenn das Arbeitsministerium zu diesen Worten steht, dann könnte sich die Arbeiterschaft damit zufrieden geben. Vorausgesetzt natürlich, daß wirklich begründete Verbindlichkeitserklärungen auch ausgesprochen werden. Gegen die Verbindlichkeitserklärungen, soweit sie auf Antrag der Gewerkschaften vorgenommen werden, rennen die Unternehmer besonders an. Es wäre zu hoffen, daß das Ministerium hier etwas mehr Festigkeit zeigen würde. Die Schlichterbesprechungen hält das Ministerium nach wie vor für notwendig, bindende Anweisungen in lohnpolitischen Fragen seien niemals gegeben worden.

Zur Frage der Arbeitszeitgesetzgebung sagt der Minister: In Bern sei zwischen den Arbeitsministern von Frankreich, Belgien und Deutschland die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht vereinbart worden. Man habe damals nur gemeinsam den Eindruck festgestellt, daß es möglich sein würde, zu einer gemeinsamen Ratifizierung zu gelangen. Tatsächlich habe nur Frankreich ratifiziert, aber unter der Bedingung, daß auch Deutschland ratifiziere, wobei man in Frankreich gut wisse, daß Deutschland ohne England und Belgien nicht ratifizieren kann. Der Minister legt hiernach auseinander, daß er versucht habe, in Deutschland zu einer Regelung zu kommen. Ferner wird auf die Verordnung über die Arbeitszeit an Hochöfen und in Kokerien verwiesen, wo die Arbeitszeit in einem für die Arbeiterschaft günstigen Sinne geregelt sei. Das geplante Arbeitszeitgesetz soll zu einem vollständigen Arbeiterschutzgesetz ausgestaltet werden, das mit dem Bußzettel in der Gewerbeordnung, Ausführungsverordnungen, Kinderbeschutzgesetz, Demobilisierungsverordnungen und Arbeitszeitverordnung versippten Bestimmungen reinen Tisch mache und eine einheitliche Regelung des gesamten Arbeiterschutzes einschließlich der Arbeitszeit bringe. Die Arbeiten seien mit äußerstem Nachdruck gefördert. Und als Beweis, daß auch Dr. Sijler, der Leiter dieser Arbeit, mit dem Minister einer Meinung sei, zitiert Dr. Brauns einen Brief, den Sijler an seinen Stellvertreter während des Urlaubs, den Ministerialrat Dr. Feig, schrieb. In diesem wünscht Dr. Sijler, „daß bei seiner Rückkehr schon gut durchgearbeitete Entwürfe vorliegen“. Sijler selbst sagt in der Antwort an den ADGB:

„Ich habe Dr. Meißinger wohl gesagt, daß bei der Schwierigkeit der Materie und dem Gang unserer Gesetzgebung das Inkrafttreten der Regelung nicht allzu schnell zu erwarten sei, niemals aber auch nur ein Wort gesagt, aus dem die Absicht eines schematischen In-die-Länge-Ziehens hätte geschlossen werden können. Eine derartige Behauptung, gegen die ich mich aufs nachdrücklichste verwahre, wird nicht nur durch meinen allemächtig sehliegenden gegenteiligen Auftrag an meinen Urlaubsvertreter Dr. Feig vom 17. August, sondern durch mein ganzes Verhalten in dem letzten Jahre, insbesondere durch den Gang der Vorbereitungsarbeiten zu dem endgültigen Arbeitszeitgesetz, hinreichend widerlegt.“

Das klingt immerhin anders, als was Meißinger in seiner Aktennotiz behauptet. Trotzdem wird das RAM. durch die Tat beweisen müssen, daß das herrschende Mißtrauen der Arbeiter gegen seine Politik unberechtigt ist. Anlaß zur Skepsis hat es bisher genug gegeben. Hoffen wir aber, daß die Entrüstung der Arbeiter über die sonderbare Unterhaltung, die der Arbeitgeberstandis Dr. Meißinger mit den Herren Dr. Sijler und Neues vom RAM. hatte, das RAM. auf den Weg zurückbringt, den es als Sozialministerium zu wandeln hat, und nicht auf dem weiter schreitet, der ihm das einseitige Wohlgefallen der Unternehmer einträgt.

## Heim- und Arbeitsstätte.

Das Wohnungselend unserer Zeit und die widersinnige Zusammenballung von Menschen auf engem Raume ist eine natürliche Folgeerscheinung des Kapitalismus. Mit der Konzentration des Kapitals wuchs der Bedarf an Menschenmassen. Durch die Industrialisierung wurde die Stadt, der Industriebezirk zum Plage des zusammengeschauften Proletariats. Darum datiert die eigentliche Großstadtentwicklung seit Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, d. h. seit der Zeit, in der der Kapitalismus bei uns sein Haupt zu erheben begann.

Wie somit in der ganzen Entwicklung enge Beziehungen bestanden zwischen Wirtschaft und Städtebau, so ist auch eine endgültige Lösung des Städtebauproblems nicht möglich ohne eine entsprechende Beeinflussung und Einstellung der Wirtschaft. Der Mensch ist mit seiner Wohnung auf seine Arbeitsstätte angewiesen. Er ist somit in der Gestaltung seines Wohnwesens gebunden, und solange der Kapitalismus einseitig seine Profitinteressen vertritt und sich ohne Rücksicht auf das Wohnbedürfnis entfaltet, wird die Stadt Produktionsstadt bleiben, neben der die Wohnstadt eine untergeordnete Rolle spielt.

Wohl hat die Entwicklung die Menschen aus dem alten Stadtkern längst herausgedrängt. Viele Menschen wohnen bereits im Kränze um die alte Stadt. Aber auch da beherrscht in deutschen Städten das Stodwerthaus das Feld. Die Spekulation hat den Boden in Besitz genommen. Sie nutzt ihn durch Mietskasernen wuchernd aus, und sie hat den Preis für den Boden auf diese Weise so verteuert, daß ein Heim, eine Wohnung in Grün und Sonne, nur wenigen Glücklichen möglich ist. Die Garten vorstadt ist keine endgültige Lösung des Wohnungsproblems, wie wir sehen werden. Doch bedeutet sie für den Augenblick ein Stück der Lösung der Wohnungsfrage. Aber wenn die Wohnungsfrage auch auf diesem Teilgebiete eine Lösung finden soll, so muß vor allem der profitgierigen Privatwirtschaft die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer niedrigen Instinkte genommen werden.

Was auf diesem Gebiete geleistet werden kann, das zeigen die großartigen Leistungen, die Holland wie England aufzuweisen haben. Da ist in der holländischen Provinz Limburg in gar nicht langen Jahren um die neuen Staatsgrenzen Emma und Hendrik ein Siedlungsgebiet entstanden, das 30 000 Arbeitern mit Familien, d. h. im ganzen 165 000 Menschen, in Einfamilienhäusern mit Garten Wohnung bietet. Staat und Kommunen haben die Häuser geschaffen. Auch mehrere Wohnheime wurden errichtet. Die Mietsdarf nach den Reglerungsbestimmungen nie mehr als  $\frac{1}{4}$  des Einkommens betragen. Staatliche Erhebungen über die gesundheitsliche Bedeutung dieser vorbildlichen Tat fehlen noch, doch spricht die Tatsache in gewisser Weise eine bezeichnende Sprache, daß die Zahl der Geburten in der Provinz Limburg 31,2 auf 1000 Einwohner ist, während der Durchschnitt in Holland nur 24,9 beträgt. Außer den Einfamilienhäusern wurden 4 Kirchen, 3 Schulen, 2 Kleinkinderschulen, 1 Kasino, 13 Läden, 2 Postämter, 2 Feuerwehrgebäude und 2 Krankenpflegegebäude errichtet. Die Gründung bedeutet also die Schaffung einer gesundheitslich einwandfreien neuen Stadt, der Einwohnerzahl nach eine Großstadt, doch so groß angelegt und weit gedeiht, daß nur eine mehrstündige Autofahrt uns einen Ueberblick über diese großartige soziale städtebauliche Leistung geben konnte.

Solche Wohnungskultur hat auch eine Menschenkultur zur notwendigen Folge. Das Bedürfnis nach Alkohol zum Beispiel ist in diesem Bezirke nicht so vorhanden wie in Industriebezirken Deutschlands, und dieser Zustand wird im Gegensatz zum deutschen Unternehmertum von den holländischen Staatsgeboten bewußt gefördert. An den Ausgängen der Zechenanlagen sind Schankstätten, in denen für 5 Pf. ein Glas Milch verabreicht wird. Ohne Zweifel wurde dieser Gedanke des Milchschanks vor seiner Verwirklichung verspottet und als praktisch aussichtslos hingestellt. Die Erfahrung hat aber das Gegenteil gelehrt. Die Milchsaugen werden allgemein benutzt. Daß der Arbeiter nach Verlassen der Grube Durst hat, ist eine ganz natürliche Erscheinung. Hier wird dieses natürliche Bedürfnis in verständnisvoller Weise bewußt in gesunde Bahnen gelenkt, während der deutsche Arbeiter fast allgemein durch die nächste Kneipe dem Alkoholkapital überlassen ist. In welcher wesentlicher Weise das Wohnwesen das Alkoholbedürfnis herabsetzt, zeigen auch englische Gartenstädte, in denen sich die Gemeinde durch Abstimmung gegen die Errichtung von Alkoholgaststätten ausgesprochen hat. Die Alkoholfrage ist keine Moralfrage, sondern ein soziales Gestaltungsproblem.

Aber auch große Städte wie Amsterdam und Rotterdam haben in Holland auf dem Wohnungsgebiete Hervorragendes

geleistet, wie überhaupt kein Land während des Krieges und nach dem Kriege so viel wie Holland gebaut hat. Hat doch Amsterdam in den Jahren 1910 bis zum 1. Juni 1925 46 317 Wohnungen geschaffen. Besonders viele Wohnungen nach dem Kriege, 1922 zum Beispiel 6000, 1923 5000 und 1924 7000. Ein ähnliches prozentuales Verhältnis finden wir in Rotterdam. Eine ganze Vorstadt, Breewijk, mit 9000 Einwohnern, die nur in Einfamilienhäusern ihr Heim haben, ist da in kurzer Zeit aus der Erde gewachsen. Aber diese Leistungen sind entstanden durch die kommunale Initiative. Kommunale Siedlungen erblickten neben den Siedlungen von Baugenossenschaften, und nur dieser kommunalen Initiative, die das Privatinteresse bei der Wohnungsgestaltung nicht zuließ, ist es zu danken, daß da jetzt viele Tausende in Einfamilienhäusern mit Garten untergebracht sind.

Diese Ausdehnung der Städte bedingt natürlich auch eine Ausdehnung der Verkehrsmittel, deren Notwendigkeit sich diese großzügig arbeitenden Stadtverwaltungen auch bewußt sind. Besonders genügen Brücke und Fährbetrieb in Rotterdam nicht für die neuen Wohnbezirke am anderen Maasufer. Die Stadt Rotterdam trägt sich mit dem Gedanken der Untertunnelung der Maas, doch möglichst ohne den Fahrstuhlbetrieb, wie er beim Hamburger Elbtunnel vorhanden ist. Das große Bedürfnis nach Verkehrsmitteln, das aus der Beziehung zwischen Wohn- und Arbeitsstätte erwächst, ist auch aus der riesigen Benutzung des Fahrrades in Holland ersichtlich. Schätzt man doch das Vorhandensein von 3 Millionen Fahrrädern in Holland bei 7 Millionen Einwohnern des Landes.

Wie in Holland, so hat sich auch in England die Gartenvorstadt entwickelt. Vor London liegen weite neue Siedlungen. Aber auch in Birmingham ist es die kommunale Arbeit, die Erfolgreiches geleistet hat, ist es die Vermeldung der Privatwirtschaft und die Unterdrückung der Bodenspekulation, die die Gartenheime geschaffen hat.

Die Mietskasernen ist ja in England fast nicht bekannt. Das Erbaurecht spielt in England eine allgemeine Rolle, wodurch der Bodenspekulation ganz erheblich Einhalt geboten wird. Dazu kommt das zähe Festhalten des Engländers am kleinen Wohnhaus. Darum grüßen nicht Mietskasernen bei der Fahrt mit der Bahn in die Stadt London hinein — den Deutschen ein eigentümlicher Eindruck —, sondern nur kleine Häuser. Allein das Zentrum der Stadt hat höhere Häuser, wenn auch nicht die hohen der deutschen Großstädte, die aber nur für Geschäftszwecke bestimmt sind. Wohnungen sind in Stockwerkhäusern nur vereinigt. Die allgemeine Regel ist das Einfamilienhaus, das dem ganzen weiten Ring um die Stadt das Gepräge gibt. Auch hier finden sich allerdings Spuren der privaten Bauwirtschaft. Lange Häuserreihen ziehen sich hin in über Gleichförmigkeit, vom Unternehmer hingeworfen aus Unternehmerrgeist ohne jede Beachtung einer höheren Wohnungskultur.

Um so eindrucksvoller sind die herrlichen Straßenzüge, die die kommunale Tätigkeit geschaffen hat. Die schönen Häuser und trauten Häusergruppen, die da zwischen Strauch und Rosen und buntem Blumen Schmuck nicht einseitig dem wirtschaftlich bestergergestellten Manne, sondern auch dem Arbeiter und dem kleinsten Angestellten ein Heim bieten. Das ist neben all den architektonischen Einzelheiten in Holland wie in England das Ueberwältigende, daß nur die Vermeldung der Privatwirtschaft solche Großartiges geschaffen hat. Das Wesen der Privatwirtschaft lehren uns die deutschen Mietskasernen. Das berühmte freie Spiel der Kräfte führt uns nicht zum sozialen Ziele. Das zeigt uns nur zu deutlich der Vergleich dieser prächtigen holländischen und englischen Siedlungen mit der deutschen privatwirtschaftlichen Mietskasernen.

Doch können alle Bewohner der großen Städte in solchen Vororten rings um die Großstadt wohnen? — Gewiß wohnen die Einwohner von London in weitem, breitem Ring in kleinen Häusern. Doch es ist Haus an Haus, und vom sozial-kulturellen Standpunkt genügt das Einfamilienhaus allein nicht. Das Haus muß rings einen geräumigen Garten haben. Gartenstädte sind das Ziel. Und darum genügen Vororte nicht. Sie vermögen nicht alle Einwohner zu fassen. Solange nur ein Teil der Stadtbewohner die Vororte bevölkert, können die Verkehrsmittel die Verbindung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte herstellen. Das Streben, jedem Menschen ein Gartenheim zu schaffen, muß andere Wege schreiten. Die Auflösung der Großstadt durch Gartenstädte ist das Ziel, das heute mehr oder weniger von jedem Städtebauer als die große Lösung des Wohnungsproblems anerkannt wird.

In der Begleitung hat England vorbildliche Arbeit geleistet. Während der Deutsche beratschlagte, ging man in England zur Tat.

In England gibt es typische Gartenstädte, die in Deutschland nur in Hirnen und Büchern existieren.

Den Anfang dieser Entwicklung bedeutete das Gartendorf Bournville bei Birmingham, das der im vorigen Jahre leider verstorbene Schokoladenfabrikant Cadbury gegründet hat. Cadbury war einer der wenigen sozialen Fabrikanten. Er war Quäker und von einem großen wahrhaft religiösen menschlichen Tatgefühl getragen. Als die englische Regierung ihn während des Burenkrieges um Schokoladenlieferung für das englische Heer anging, verweigerte er als entschiedener Kriegsgegner die Lieferung. Wo ist in Deutschland solch ein Fabrikant? Dieser prächtige Mensch Cadbury sah auch das Wohnungselend seiner Arbeiter mit offenen Augen und warmem Herzen, und deshalb verlegte er seine Fabrik von Birmingham hinaus auf das Land und er gründete dort zugleich eine Siedlung für seine Angestellten und Arbeiter.

Eine Siedlung? Man kann diese Häuser in blühenden Gärten, durchzogen von großen, freien, grünen Flächen, nach deutschen Siedlungsbegriffen nicht mehr so nennen. Es sind Häuser und Straßenzüge hineingeworfen in Parks. Hier wurde nicht mit Raum geizt. Hier gehört die Erde den Menschen. Hier gehört zur Wohnung nicht nur das Haus und der Garten, sondern auch der weite, grüne Raum allüberall dazwischen. Ja, Weite und Fülle an Raum und Licht hat der Mensch nötig, wenn er auch geistig weitschauend und feilsch groß werden soll.

Die Gründung war ein Experiment, und niemand dachte damals, daß diese Gründung den Anfang des Werdens eines großen Gedankens bedeutete. Erst allmählich erkannte man, daß sich die Entwicklung in dieser Richtung zu vollziehen hätte. In Gartenstädten müssen Wohnung und Arbeitsstätte geeint sein, und in Letzterem weit draußen vor London, bietet uns England zum ersten Male die bewußte Gründung einer Gartenstadt. Welwyn, etwas näher bei London, verspricht zu folgen.

Die Gartenstadt in diesem besonderen Sinne bietet dem Menschen nicht nur das Heim im Garten, sondern auch in geringer Entfernung die Arbeitsstätte. Die Gartenstadt ist eine Neuverbindung von Wohnung und Arbeitsstätte draußen auf freiem Gelände. Der Mensch wohnt in Licht und Grün und hat dennoch nicht nötig, lange Zeit in Verkehrsmitteln und staubigen Straßen zu verbringen. Sein Weg zur Arbeitsstätte führt durch frohe Wohnstraßen, an Kalfenstraßen vorbei, unter grünen, schattigen Bäumen. Man muß das herrliche solch einer Arbeitswohnstadt selbst erlebt haben, um in ganzer Größe die Ueberzeugung zu bekommen, daß hier der Schlüssel zu einer besseren kulturellen Zukunft liegt.

Es handelt sich hier nicht um Utopien. Auch auf dem Amsterdamer Internationalen Städtebautag sprach sich die Fachwelt im vorigen Jahre für den Wert der Gartenstädte aus, und das weitberühmte Beispiel von Letchworth beweist, daß nicht durch Erweiterung der Großstadt ins Unendliche, sondern durch planmäßige Verteilung von Industrie und Bevölkerung auf Gartenstädte der Weg beschritten wird, der zu einer idealen Lösung des Wohnungsproblems führt. Und wenn auch nicht alle beruflich in solchen Städten draußen wohnen können, so bringt den anderen die von großen Massen befreite Großstadt in ihren Vororten eine gesundheitslich und kulturell andere Wohnungsmöglichkeit, als sie die Masse der Arbeitenden heute hat.

Im Jahre 1904 wurde der Grundstein zu der Gartenstadt Letchworth gelegt. Heute faßt sie bereits 89 Industrien und 13 000 Menschen. Das ganze Gelände ist für eine Stadt von 30 000 Menschen gedacht. Das Industriegebiet befindet sich im Osten der Stadt, so daß der herrschende Wind den Rauch von der Stadt wegtreibt. Außerdem wird an Kraft in hohem Maße Gas und Elektrizität gebraucht, so daß auch dadurch eine Rauchbelästigung der Wohnstadt vermieden wird. Wenn man die traulichen Wohnstraßen durchwandert, merkt man nicht die Spur der Existenz eines Industriebezirks bei der Stadt. So haben die Bewohner keine Nachteile, sondern nur Vorteile von der Arbeitswohnstadt. Sie wohnen in schönen Häusern in der weit angelegten Stadt, ihr Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte ist ein Spaziergang und der Weg nimmt nicht einen wesentlichen Teil der freien Zeit in Anspruch, wie es nach der Statistik bei einem großen Teile des deutschen Proletariats der Fall ist. Der Zweck des Achtstundentages wird erreicht. Der Sinn des Achtstundentages kann nur durch eine soziale Verbindung von Wohn- und Arbeitsstätte erfüllt werden.

Natürlich hat die Industrie oft besondere Verhältnisse nötig. So können Bergwerke nur da sein, wo die Bodenschätze zu finden sind. Hier muß sich das Wohnungswesen den vorhandenen industriellen Verhältnissen anpassen, wie es der Ruhrsiedlungsverband für das Ruhrgebiet erstrebt. Wie im Wohnungswesen, so ist jedenfalls im

großen und ganzen die Tendenz der Abwanderung der Betriebe aus der Großstadt vorhanden. Diese industrielle Dezentralisierung, verbunden mit einer gesunden Dezentralisierung im Wohnungswesen, bedeutet die soziale Lösung des Wohnungsproblems, die „Gartenstadt“ in diesem besonderen Sinne, die natürlich ihre wirtschaftlichen und kulturellen Fäden zur Großstadt hat. Die Großstadt in ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung bleibt. Ein Verschwinden der Großstadt, wie man es vielfach irrtümlich als im Sinne dieser Entwicklung vermutet, ist einseitigen natürlich nicht möglich. Die Großstadt bleibt auch für manche Berufe, doch in neuer, massenbefreierender Wohnungsmöglichkeit. So ist auch die englische Gartenstadt Letchworth, die die Augen der ganzen Welt auf sich lenkt, wirtschaftlich wie kulturell selbstständig, soweit es nötig ist. Letchworth bietet dem Manne die Arbeitsstätte und der Jugend die allgemeine wie die höhere Schule. Dennoch ist die leicht erreichbare Großstadt London der starke wirtschaftliche wie auch kulturelle Hintergrund.

Natürlich sind solche wirtschaftlich selbständigen und doch von der Großstadt wirtschaftlich abhängigen Gartenstädte, die der Fachmann Trabantenstädte nennt, wohl zu unterscheiden von den Kolonien der wirtschaftlichen Unternehmungen. In den Arbeiterwie Beamtentolonien bedingt der Arbeitsvertrag den Mietvertrag. Der Mensch ist in seiner Wohnung gebunden durch die Arbeit. In der Gartenstadt wohnt der Mensch ohne jede Rücksicht auf das Unternehmen. Auch Cadbury hat freiwillig diesen Zwang beseitigt. Der Mensch soll nicht auch in der Wohnung ein Sklave seines Arbeitgebers sein.

In Deutschland sind wir in der Lösung des Wohnungsproblems heute gewiß eingeschränkt. Und doch könnte es schneller besser werden, wenn man nicht so viel theoretisierte statt nach englischer Art zu handeln und wenn man das Wohnungsproblem nicht zu einseitig von der ökonomischen Seite betrachtete. Da ist eine Wert in Rotterdam weiter als wir auf unsere Kultur so stolzen Deutschen. Die Wert gibt den Arbeitern Gartenhäuser mit eigenem Besitz.

Notwendig ist aber vor allem auch nach dieser Richtung hin gerade für das schaffende Volk eine neue Weite des Blicks, damit es sein Schicksal auch auf diesem Gebiete in seine eigenen Hände nehmen kann. Wir müssen erkennen, daß wir auch im Wohnungswesen in einer Zeitenwende stehen und daß uns auch im Wohnungswesen nur ein neuer Gedanke retten kann. Die Großstadt ist das natürliche Kind des Kapitalismus. Mit der Befreiung vom Kapitalismus kann uns auch nur die Befreiung von der Großstadt retten. Das Problem Heim und Arbeitsstätte ist das lebenswichtigste soziale Problem unserer Zeit. Wie ist es zu lösen? Da bietet uns England ohne Zweifel eine weite Perspektive. Wer da draußen die frischen Kinder, die vor der Befreiung der Industrie von der Großstadt auch zur Großstadt verurteilt waren, jetzt in der aufgelösten Großstadt zwischen Blumen auf lustigen Rasen in der Sonne spielen sah, der mußte erkennen, daß solch eine von aller kapitalistischen Ueberlieferung befreite, entschiedene Gestaltung wie Letchworth oder Welwyn eine nationale Tat bedeutet, die auch in Deutschland Nachahmung verdient. Dr. G. Hoffmann.

### Regeln für Theaterbesucher.

Rachselgenden Symmus auf allerhand Ungezogenheiten beim Theaterbesuch möchten wir einer freundlichen Beachtung zuweisen. D. R.

O komm nie pünktlich wie die Klößen Und liegt dein Blick in des Parkettes Mitte,

Erlebe stets im letzten Augenblick Bleib im Foyer, bis sich das Volk zerstreut!

Und sey dich dann mit Lärm, mit Denn das ist schick, Dann müssen alle aufstehen auf dein „Bitte!“

Wie lieblich ist des Klappstuhls helbes Matern. Und sind erstunt.

Und steigt der Vorhang und das Am Schluß des Stüctes stürme mit Geißel

So plaudere laut mit Bettlern und Und lautem Brüllen zur Garderobe ran!

Denn das ist fein. Tritt Hühneraugen ab! Ob Rippenstöße!

Und wenn du husten mußt, o Abonnente, Das juckt den Mann.

So lege nicht im Zwischensakte los, Denn mußt du dich, wie ich's beschrieben habe,

Rein, tue es im tragischsten Momente! Das wirkt famos.

Und wenn du klatschen willst, nicht So rücksichtslos, verständnislos und zart,

Klatsch nicht am Aktluß, wie's der Wird jeder rühmend sagen: „Dieser An-be

Rach jeder Arie klatsche, daß es wackelt! Hat Lebensart!“

Das macht sich gut.

Matichen.

## Der Kampf der sächsischen Gemeindearbeiter um Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung.

Nach einer Statistik unseres Verbandes vom Jahre 1914 gewählten etwa 340 Orte im Deutschen Reich ihre Arbeiter Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung, teils mit, teils ohne Rechtsanspruch, aber allenthalben ohne daß die Arbeiter Beiträge dazu zu zahlen hatten. In Dresden wurde Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung an die städtischen Arbeiter im Jahre 1904, in Leipzig 1903, in Chemnitz 1905, Plauen 1907 eingeführt. Durch die Allgemeine Arbeiterordnung für die Stadt Dresden wurde den städtischen Arbeitern ein öffentlich-rechtlicher Anspruch auf Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung gewährt, Beiträge hatten auch hier die Arbeiter nicht zu zahlen. Auch in den übrigen sächsischen Städten hatten die Arbeiter keinerlei Beiträge für diese soziale Fürsorgeeinrichtung zu entrichten. Als dann im Jahre 1919 auch für die Gemeindebetriebe Tarifverträge abgeschlossen wurden, war auch darin auf die Ruheohnversorgung Bezug genommen. Der erste sächsische Manteltarifvertrag für die Gemeindearbeiter vom Juli 1919 sagte in seinem § 12, daß sämtliche beim Dienstantritt im Vollbesitz der Erwerbsfähigkeit befindlichen Gemeindearbeiter Anspruch auf Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung erlangen und daß hierzu in den einzelnen Gemeinden entsprechende Bestimmungen aufzustellen sind. Nach mancherlei Hin und Her hatten wir dann Ende 1920 mit dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden „Richtlinien für Ortsgeetze über Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung“ vereinbart. Als aber die Gemeinden auf Grund dieser Richtlinien ihre Ortsgeetze aufstellen wollten, erhob ganz unerwarteterweise die sächsische Staatsregierung — Ministerium des Innern — Einspruch.

In einem langen Schreiben an den Arbeitgeberverband führte das Ministerium allerlei Gründe gegen die Neuregelung an. Es hieß da unter anderem:

„Dagegen erscheint es nicht gerechtfertigt, einzelne Gruppen von Arbeitern, die zufällig bei einer Gemeinde Beschäftigung gefunden haben, ohne jeden Abzug von Löhnen, ausschließlich zu Lasten des Arbeitgeberberufs, ein Mittelstück der Vergütung zu gewähren, die sonst Rentenzahlern zufließen.“ ... „Das müßte wie ein Kurrentennis wirken, daß die reichsrechtliche Spezialversicherung ihre Aufgaben nicht erfüllt und bei den Beteiligten eine Herabsetzung dieser Einrichtung hervorgerufen, was nicht im öffentlichen Interesse gelegen sein kann.“ — Dazu noch folgender Satz: „Die Ruheohnordnung ist eng angepaßt den Vorschriften, die für Staatsbeamte gelten. Eine solche Angliederung kann Bedenken erregen. Wenn die Arbeiter von allen Pflichten befreit bleiben, die den Beamten auferlegt sind, andererseits aber mit dem Pensionsanspruch das wichtigste Recht geschenkt erhalten, das den Beamten zusteht, so muß die Folge ein pervertierter Einfluß auf das Beamtenamt in seiner jetzigen Form sein!“

Die Folge von diesem ministeriellen Einschreiten waren monatelange Verhandlungen zwischen uns, Arbeitgeberverband und Regierung. Wieder war es das Ministerium, das starrköpfig darauf bestand, daß die Gemeindearbeiter Ruheohn lediglich als Zuschußleistung zu den reichsgesetzlichen Renten und auch dann nur erhalten können, wenn sie entsprechend hohe Beiträge leisten. Endlich kam es im Juli 1922, nach anderthalb Jahren, zu einem gewissen Abschluß, der den Gemeindearbeitern die Beitragszahlung ohne wesentliche Erhöhung des Ruheohnes aufzwang.

Nach diesen Vorgängen war es ganz natürlich, daß die ersten im Oktober 1922 befristet genehmigten Ortsgeetze durchaus nicht befriedigten. Bereits im Januar 1924, nachdem die Inflationsperiode vorüber war, reichten wir beim Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden Verbesserungsanträge ein, vor allem, um die volle Anrechnung der reichsgesetzlichen Renten zu bewerkstelligen. Wir konnten nachweisen, daß die von den Arbeitern aufgebrauchten Beiträge weit mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben für Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung ausmachten. Wenn wir eine grundsätzliche Forderung der Bestimmungen auch nicht erreichten, so gestand der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden aber doch zu, daß reichsgesetzliche Renten nur zur Hälfte angerechnet werden. Das war eine, wenn auch kleine Verbesserung, denn damals betrug die reichsgesetzliche Invalidenrente monatlich erst mit dem Ehefrauensatztag 14 Mk. Der städtische Ruheohnempfänger erhielt also monatlich 7 Mk. mehr. Als aber die reichsgesetzliche Invalidenrente erhöht und dadurch der Anteil der Gemeinde am Gesamtruheohn des Arbeiters immer geringer wurde, beantragten wir in diesem Jahre erneut beim Arbeitgeberverband Verbesserung der Ruheohnordnung.

In der Zwischenzeit hatten aber auch in mehreren größeren Städten die sozialdemokratischen Stadtratsordnungen von sich aus Verbesserungsanträge zur örtlichen Ruheohnordnung gestellt, weil sie selbst die Unzulänglichkeit der bisherigen Bestimmungen erkannt hatten. In einer Anzahl Gemeinden sind durch das Stadtratsordnungsamt Kollegium Verbesserungen beschlossen worden. Zur Durch-

führung sind sie leider nicht gekommen, weil entweder der Rat oder die Aufsichtsbehörde Einspruch erhoben. Während wir noch mit dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden in Verhandlungen standen, erhielten wir eines schönen Tages von der sächsischen Staatsregierung — Ministerium des Innern — den Entwurf zu „Richtlinien für Ortsgeetze über Ruheohn an Gemeindearbeiter“ mit der Einladung zur Verhandlung hierüber. Dieser Regierungsentwurf war aber nichts weiter als eine verfehlerte Auflage der jetzt bestehenden Ruheohnordnung, ganz dazu angetan, jedweden Fortschritt auf diesem Gebiete Tür und Tor zu veranlassen. Als wir das dem Regierungsvertreter rund heraus erklärten, erwiderte er mit dünnen Worten, das ist ja auch der Zweck der Richtlinien! Von welchem Geist dieser Entwurf durchweht war, erhellt wohl am besten daraus, daß der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes vielfach mit auf unserer Seite gegen die Regierung stand. Jedoch all unser Widerstand war vergebens, die sächsische Staatsregierung hat im sächsischen Gesetzbuch ihre „Richtlinien“ veröffentlicht und die Aufsichtsbehörden scharf gemacht, non ihrem Widerspruchrecht Gebrauch zu machen, um diesen Richtlinien Geltung zu verschaffen! Da aber 1922 die ersten Ortsgeetze nur befristet genehmigt waren, so sind jetzt die meisten dieser Ortsgeetze abgelaufen, und nun sind die Gemeinden, auf Grund der neuen Regierungsrichtlinien, ob sie wollen oder nicht, gezwungen, ihr neues Ortsgesetz zum Schaden der Arbeiter aufzustellen. Ein besseres Ortsgesetz aufzustellen wäre zwecklos, denn die Aufsichtsbehörden sind ja scharf gemacht, Widerspruch zu erheben, um den Regierungsrichtlinien Geltung zu verschaffen.

Was besagen denn nun diese neuen Richtlinien der Regierung? Es wird zunächst bestimmt, daß Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung nur auf dem Wege des Ortsgesetzes geregelt werden dürfen. Ruheohn darf grundsätzlich nur als Zuschußleistung zu den reichsgesetzlichen Versicherungsleistungen gewährt werden und die Arbeiter müssen 2½ Proz. ihres Lohnes als Beitrag hierzu zahlen. Ruheohn beginnt mit 30 Proz. und steigt bis zum Höchstjahre von 65 Proz. nach 40 Dienstjahren. Diese genannten Sätze aber schließen die vollen reichsgesetzlichen Versicherungsleistungen mit ein. Während auf Grund der Vereinbarung zwischen uns und dem Arbeitgeberverband reichsgesetzliche Leistungen nur zur Hälfte angerechnet wurden, muß nunmehr nach dem Diktat der sächsischen Regierung die volle Anrechnung erfolgen!

Wie sich diese Schlechterstellung auswirkt, zeigen nachstehende Beispiele. Nach dem gegenwärtigen Tariflohn verdient ein ungelerner Arbeiter in Ortsklasse A im Monat 133,12 Mk. Nach den alten Bestimmungen beträgt der Ruheohn nach 10 Dienstjahren 25 Proz. unter Anrechnung der Hälfte der reichsgesetzlichen Rente, das sind zurzeit etwa 14 Mk. Ein solcher Ruheohnempfänger also erhält als Ruheohn 33,28 Mk., dazu die andere Hälfte der reichsgesetzlichen Rente 14 Mk., zusammen im Monat 47,28 Mk. Nach den Regierungsrichtlinien soll allerdings der Ruheohn nicht mehr 25, sondern 30 Proz. betragen, das sind 39,93 Mk., aber einschließlich der vollen reichsgesetzlichen Rente. Also nach den alten Bestimmungen hatte der Ruheohnempfänger im Monat insgesamt 47,28 Mk., nach den neuen Bestimmungen aber nur 39,93 Mk., mithin 7,35 Mk. weniger! Und dieses gleiche Ergebnis ergibt sich bei allen Arbeitern, ob ungelern oder angelernt oder Handwerker, ob 10, 20 oder wieviel immer Dienstjahre in Frage kommen.

Wie verhält sich nun aber der vom Arbeiter gezahlte Beitrag zu seinem wirklichen Ruheohn? Nach den Regierungsrichtlinien soll nach 10 Dienstjahren der Ruheohn einschließlich voller reichsgesetzlicher Rente 30 Proz., also 39,93 Mk. betragen, weil aber die 28 Mk. reichsgesetzlicher Rente mit enthalten sind, bleibt für die Gemeinde nur noch zu zahlen 11,93 Mk. Vom Lohne des Arbeiters sind das ganze 9 Proz. Und dafür muß der Arbeiter 10 Jahre lang 2½ Proz. seines Lohnes als Beitrag zahlen! Nach 20 Dienstjahren soll der Ruheohn 42 Proz., das sind 56,01 Mk., betragen, da aber auch hierin die 28 Mk. reichsgesetzliche Rente enthalten sind, zahlt die Gemeinde nur noch 28 Mk. oder 21 Proz. des Lohnes, und bei 35 Dienstjahren soll der Ruheohn 60 Proz., das sind 79,87 Mk., betragen. Da auch hier 28 Mk. reichsgesetzliche Rente mit enthalten sind, bleibt für die Gemeinde noch übrig 51,87 Mk. oder 39 Proz.

Es zeigt sich also, daß durch die volle Anrechnung der reichsgesetzlichen Leistungen die Lasten der Gemeinde um volle 21 Proz. erleichtert werden und daß der Arbeiter für seine 2½ Proz. Beiträge eine viel zu geringe Gegenleistung erhält. Oder mit anderen Worten, der Arbeiter muß für seine Invalidenrente doppelte Bel-

träge zahlen, einmal in Gestalt von Beiträgen an die Reichsversicherung und zum anderen in Gestalt von Beiträgen zur Ruhelohngewährung.

Die Regierung begründet ihr Verlangen auf volle Anrechnung reichsgesetzlicher Leistungen einmal damit, daß die Reichsversicherung nicht „unterhöhlt“ werden dürfe, der erste Schritt dazu wäre die Nichtanrechnung der Reichsrenten auf den Ruheohn. Zum anderen erklärt die Regierung, sie müsse dafür sorgen, daß die Gemeinden nicht „Lasten“ auf sich nehmen, die sie nicht tragen könnten. Wie steht es nun mit der „unerträglichen Belastung“ der Gemeinden durch die Ruhelohngewährung? Wir haben schon oben gezeigt, daß bei voller Anrechnung der Reichsrente den Gemeinden noch herzlich wenig zu zahlen übrig bleibt. Daß aber die Gemeinden wohl in der Lage sind, höhere Leistungen an ihre alten Ruheständler zu ertragen, hat sich bis jetzt schon herausgestellt. Trotzdem jetzt nur die halbe Reichsrente angerechnet wurde, haben die Arbeiterbeiträge weit mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben für Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung aufgebracht. Es ist unmöglich, die Einnahmen an Arbeiterbeiträgen und die Ausgaben für Ruheohn von etwa 70 Orten in Sachsen anzuführen. Wir wollen auch die Gemeinden nicht aufzählen, in denen Ruheohn neu eingeführt ist, wir nehmen die Orte, in denen sogenannte Altruhständler vorhanden sind.

In Zwickau betragen die Arbeiterbeiträge vom 1. April 1924 bis 31. März 1925 insgesamt 18 429 Mt., die Gesamtausgaben für Ruheöhne, Hinterbliebenenversorgung im gleichen Zeitraum belaufen sich auf 32 328 Mt., also haben die Arbeiter rund 57 Proz. selbst aufgebracht. In Zittau sind insgesamt ausgegeben worden im gleichen Zeitraum 17 866 Mt., die Arbeiterbeiträge betragen 11 856 Mt. oder rund 66 Proz. In Meissen sind an Gesamtausgaben 14 309 Mt. und an Arbeiterbeiträgen 8183 Mt. oder rund 56 Proz. zu verzeichnen. Dabei sind in Meissen unter den 38 Renteneempfängern 18 Altruhständler. In Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen erreichen die Arbeiterbeiträge die gleichen Prozentsätze. Und so könnten die Beispiele noch beliebig vermehrt werden. Gewiß sind auch Orte vorhanden, wo im Jahre 1924 die Ausgaben höher waren, aber unzweifelhaft steht fest, daß die Arbeiter mit ihren 2½ Proz. Beitrag ganz erheblich zu den Lasten der Ruhelohngewährung beitragen, und daß durch die Ruhelohngewährung überhaupt den Gemeinden große Lasten abgenommen werden, die sie sonst für die öffentliche Fürsorgepflicht aufbringen müßten. Ueber dieses Kapitel sei noch gesagt:

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung über Art und Höhe der Fürsorge (RGBl. 1924 S. 765) sind in den Gemeinden sogenannte Nicht- oder Bedarfsfälle aufgestellt für die der allgemeinen Fürsorge unterstellten Personen. Nach einer Ergänzung

der Reichsgrundzüge (RGBl. 1925 S. 332) müssen für Sozial- und Kleinrentner und ihnen Gleichstehende (§§ 14 bis 17 der Verordnung) diese Sätze so bemessen sein, daß diese Kreise gegenüber der allgemeinen Fürsorge eine entsprechende Mehrleistung erhalten, und diese Mehrleistung soll, in der Regel wenigstens, ein Viertel des allgemeinen Richtsatzes betragen.

Für Dresden z. B. ist vom Fürsorgeamt der Nicht- oder Bedarfsfall für ein Ehepaar auf monatlich 72 Mt. und für jedes Kind auf monatlich 5 Mt. festgelegt. Der Sozial- oder Kleinrentner soll nach obiger Reichsverordnung wenigstens ein Viertel als Mehrleistung erhalten, demnach insgesamt 90 Mt. monatlich. Wenn man dieses weiß, dann zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, wie standlos niedrig die Ruhelohngewährung der sächsischen Gemeindearbeiter heute schon ist und wie sie sich bei Anwendung der Regierungslinien gestalten würde! Denn derjenige, der die allgemeine öffentliche Fürsorge in Anspruch nimmt, erhält im Monat nach dem Bedarfsfall 72 Mt., und wenn er nun als Sozialrentner eine Reichsinvalidenrente bezieht, dann erhält er 90 Mt. im Monat. Der städtische Ruheständler aber muß mindestens 40 Dienstjahre auf dem Buckel haben, muß 2¼ Proz. seines Lohnes als Beitrag zahlen, und dann 65 Proz. seines Lohnes als Ruheohn, ganze 86,52 Mt., einschließlich der reichsgesetzlichen Rente zu erhalten. Er erhält also trotz seiner Beitragsleistung noch weniger, als wenn er gar nichts bezahlte hätte. Kein Wunder, wenn jetzt die sächsischen Gemeindearbeiter sagen, für diese Art sozialer „Fürsorge“ haben wir aber auch nicht das geringste Verständnis! Wir stehen uns wirklich beher, wenn wir auf diese Ruhelohngewährung verzichten und die allgemeine Fürsorge in Anspruch nehmen. Wirklich ein erhebendes Gefühl für den alten städtischen Arbeiter, zu wissen, daß er trotz treuer Pflichterfüllung, trotz seiner Beitragszahlung nicht einmal das erhält, was jeder andere auf Grund der allgemeinen Fürsorge als Bedarfsfall beziehen kann!

Ob es unserem Bemühen gelingen wird, eine Aenderung der von der sächsischen Staatsregierung aufgestellten Richtlinien zu erreichen, wissen wir heute noch nicht. Jedenfalls werden wir nichts unversucht lassen. Sind unsere Bemühungen erfolglos, dann kommt eine bezirklische Ruhelohngewährung zwischen uns und dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden zu unserem Bedauern nicht zustande. Der Kampf um die Ruhelohngewährung der sächsischen Gemeindegewerkschaften wird sich dann in den einzelnen Gemeinden abspielen. Zu welchen Folgen das führen kann, das ist heute noch gar nicht abzusehen. Die Lage ist zweifellos sehr ernst und unsere sächsischen Gemeindegewerkschaften werden sich auf alles vorbereiten müssen, wenn sie eine Ruhelohngewährung haben wollen, die wirklich den Namen einer sozialen Fürsorgeeinrichtung verdient. Preßler.

## Ein Blick in die Literatur der Völker mongolischer Rasse.

Von Joh. Gut.

Abgeschlossen von allen anderen Völkern durch das Weltmeer, hohe Gebirge und öde Wüsten, die China nach allen Himmelsrichtungen begrenzen, schufen die Chinesen eine eigenartige Kultur. Der Boden Chinas ist reich an Mineralerschätzen aller Art und bringt alles hervor, was der Mensch zu seiner Existenz bedarf. Schon vor 5000 Jahren, als die Bewohner Europas nur Geräte aus Stein, Holz und Ton kannten, bestand in China ein bis in die kleinsten Einzelheiten geregeltes Staatswesen, wovon uralte Inschriften zeugen. Die Verfassung war streng patriarchalisch. Wie der Vater in seiner Familie Herr und Priester war, so betrachteten sich der Kaiser und die Provinzfürsten als Väter des Volkes und wurden als solche verehrt.

Die Chinesen haben viele Erfindungen früher gemacht, als alle anderen Nationen; da aber nur das Alte gekhät und gepflegt wurde und die chinesische Schrift schwer zu erlernen ist, trat eine gewisse Erstarrung ein, die jedoch eine wenn auch langsame Weiterentwicklung nicht ausschloß. Die dem chinesischen Reich benachbarten Völker standen sämtlich auf sehr niedriger Kulturstufe, daher hielten die Chinesen alle anderen Nationen für Barbaren, was uns natürlich lächerlich erscheint. Es soll aber auch unter uns Menschen geben, die, vom Glück begünstigt, sich über alle Kinderbegünstigten hoch erhaben dünken. Ich kannte eine fast hundertjährige alte Dame, die nannte derartige Leute: Eingebildete Narren! In manchen Dingen sieht es in China noch trübe aus. Die Justiz ist mehr als grausam. Die Arbeiter, sogenannte Kulis, müssen lange Stunden für geringen Lohn über und unter der Erde arbeiten, und die Kinderarbeit steht noch in voller Blüte. Jedoch in mancher Beziehung sind uns die Chinesen weit überlegen.

Ehrfurcht vor den Eltern und dem Alter gilt der Jugend als selbstverständlich; außer den Nachkommen des Confucius gibt es in China keinen Adel, nur das Bissen adel, und ganz besonders überragen uns die Chinesen an Duldsamkeit und Friedfertigkeit.

In China hat es nie einen Religionskrieg, nie eine Verfolgung Andersgläubiger gegeben. Wenn man an den irdischen Hof denkt, den die Befenner der verschiedenen Religionen gegeneinander hegen, an den dreißigjährigen Religionskrieg, der von den 20 Millionen Einwohnern Deutschlands nur etwa 7 Millionen übrig ließ, an die zahllosen Keger, die nach qualvollen Martern den Scheiterhaufen bestiegen mußten, und an die unzähligen Glaubensverfolgungen zur größeren Ehre Gottes, muß man fast an der menschlichen Vernunft zweifeln. Und weshalb das alles? Weil die einen etwas anderes glaubten als die anderen. Als ob wir vom irdischen etwas wüßten oder überhaupt wissen könnten, denn sonst würden wir es nicht glauben, sondern Wissen nennen. Welt vor Jahrtausenden irgendein Mensch, der von der ewigen Gesehmächtigkeit der Natur kaum eine Ahnung hatte (wir wissen ja auch genaueres seit kaum 100 Jahren), irgendein was sagte oder schrieb, wird es für ununnötliche Wahrheit gehalten und die Vernunft in Fesseln geschlagen.

Die ursprüngliche Religion der Chinesen war fast monotheistisch. Der Himmel wurde als Gott Vater, die Erde als Mutter verehrt, aus dieser Verbindung ist dann alles andere hervorgegangen. Sie dachten sich die Verbindung als körperlos, als reiner Geist, reine Kraft. Das ging jedoch über das Verständnis der Massen hinaus, und bald artete die Religion in Vielgötterei, Zauberei, Schamanismus und Fetischismus aus.

Die alten religiösen Vorstellungen waren fast völlig vergessen; da trat im sechsten Jahrhundert vor Christi Laotse auf, ein Mann, erfüllt von den erhabenen sittlichen Grundätzen, hoher philosophischer Begabung und idealster Gesinnung. Er lehrte unter anderem (Victor v. Strauß): „Es gab ein Wesen, unbegreiflich, voll-

# Die sowjetrussischen Gewerkschaften.

Zwei Darlegungen in den „Informations Soziales“ des Internationalen Arbeitsamts vom 7. September geben dem Westeuropäer einen Einblick in die sonderbaren Verhältnisse der russischen Gewerkschaften. Die Darlegungen sind um so interessanter, weil die eine von dem Zentralrat der sowjetrussischen Gewerkschaften selbst und die anderen von deren Sekretär Andrejew stammen. Danach hat der Zentralrat der russischen Gewerkschaften am 18. 7. 1925 ein Rundschreiben an seine Organisation erlassen, worin diese um eine Aenderung ihrer Politik ersucht werden. Das Rundschreiben als auch die es ergänzende Darlegung Andrejews dienen dem Zweck, die schwersten Mängel der russischen Gewerkschaftsorganisation zu beheben und besonders die immer gleichgültiger werdenden Arbeiter in die Gewerkschaften zurückzuführen. Die größte Gefahr, die der russischen Gewerkschaftsorganisation droht, ist, wie der Sekretär Andrejew sagt, die Möglichkeit einer vollständigen Trennung der Arbeiter von den Gewerkschaften, wofür Tatbeweise angeführt werden. Als Ursache des Hinwegtreibens der Arbeiter von den Gewerkschaften wird zunächst der bürokratische Geist der Gewerkschaftsfunktionäre genannt. Sie beschränken sich darauf, Schriftstücke zu sortieren, Rundschreiben zu erlassen, ohne sich um die Wünsche und Räte der Arbeiter zu kümmern. Das sei vornehmlich bei den Betriebsräten der Fall, die doch eigentlich mehr als alle anderen Funktionäre eine enge Verbindung mit der Masse suchen sollten. Doch schädlicher als der bürokratische Geist wirke die Korruption.

In allen Gewerkschaftsversammlungen der letzten Zeit hat man Unterschleife, Veruntreuungen, unerlaubte Vorschüsse und ähnliches mehr festgestellt. „Die Unterschlagungen von Gewerkschaftsgeldern,“ sagt der Zentralrat in seinem Rundschreiben, „geschieht fortgesetzt. Man findet Diebe in der gewerkschaftlichen Hierarchie von oben bis unten, vom verantwortlichen Funktionär bis zum Vorstehenden über den Sekretär, Kassierer und Buchhalter.“ Die Unterschlagungen werden begünstigt durch die Abwesenheit jeder ernststen Kontrolle, und durch die geneigte Haltung der Arbeiterräte, der Gewerkschaftsvorstände und der Arbeiter selbst den Betrügnern gegenüber.

Den Hauptgrund dafür, daß die Arbeiter den gewerkschaftlichen Versammlungen und Wahlen fernbleiben, sieht der Zentralrat in der Tatsache, daß die Kandidatenlisten vorher von den kommunistischen Zellen zurecht gemacht werden und die Generalversammlung darüber nicht einmal sprechen kann. Die zur Wiederwahl stehenden Kandidaten geben sehr selten einen Bericht von ihrer Tätigkeit, und wo es geschieht, wird er mit Schweigen übergangen. Die Mitglieder, die von dem Rechte des Redens Gebrauch machen, sehen sich Unter-

drückungsmaßnahmen aus, die bis zum Ausschluß aus der Gewerkschaft gehen, was gewöhnlich mit dem Verluste des Arbeitsplatzes verbunden ist. So hütet sich jeder, zu kritisieren. Unter solchen Umständen sind die Versammlungen langweilig. Wo ein Bericht vorbereitet ist, wird er verlesen, seine Gutheißung mit der beliebigen Formel: „Angenommen ohne Opposition“ festgestellt. Und die vorgeschlagenen Kandidaten werden „ohne Opposition“ gewählt.

Noch schlimmer indessen ist die Tatsache, daß in verschiedenen Staatsbetrieben die Betriebsräte zu vergessen kommen, daß sie zur Vertretung der Arbeiterschaft da sind. Sie decken alle Handlungen der Direktion, selbst wenn sie gegen die Interessen der Lohnempfänger richten. In gewissen Fällen bedrohen die Betriebsausschüsse im Einvernehmen mit der Direktion streikende Arbeiter mit der Aussperrung, und die Ausschüsse sind für die Entlassung solcher Leute, die die Direktion als „unerwünscht“ bezeichnet. Wenn, wie es oft der Fall, die Direktion die Bezahlung in dem Maße herabsetzt, wie der Arbeiter seine Leistung steigert, stimmen dem die Ausschüsse zu. „Diese Tatsachen,“ sagt der Zentralrat, „beweisen, daß die Organe, die zur Verteidigung der Arbeiterinteressen berufen sind, nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen.“

Mehr als 50 v. H. der Organisierten bezahlen ihre Beiträge nicht. Die allgemeinen Versammlungen sind in der Regel wenig besucht; oft findet man darin nicht mehr als 15 v. H. der beschulderten Arbeiter. Die Tagesordnung ist mit Dingen überladen, die keinerlei Beziehung zu den unmittelbaren Notwendigkeiten der Mitglieder haben. Man erörtert beispielsweise die Probleme der Weltpolitik, des Gastrisches usw. Eine Seuche, die in den Gewerkschaften grassiert und dazu beiträgt, die Arbeiter davonzutreiben, ist der Mißbrauch der sogenannten freiwilligen Beiträge. Durch den Beschluß der Gewerkschaftsvorstände, Betriebsräte und selbst der Generalversammlung (die nicht wagen, den Beschlüssen der Ausschüsse zu widerstehen) sind die Arbeiter gehalten, Beiträge für zahlreiche Sammlungen „von öffentlichem Interesse“ zu leisten. So für die Bereinigung für die Entwicklung der Luftsetze, für die Förderung der Chemie zum Gebrauch der Arme, für die internationale Hilfe der Revolutionäre usw. Solche Beiträge verschlingen 10 bis 12 v. H. des Lohnes.

Andererseits wachen die gewerkschaftlichen Stellen weder über die strenge Beobachtung der Kollektivverträge noch der Gewerkschaftsstatuten. Der Ruf der Gewerkschaftsorganisation leidet durch diese Nachlässigkeit, und in der Folge messen die Arbeiter den gewerkschaftlichen Grundsatzen immer weniger Wert bei. Sie sagen: „Der ganze Bettel ist keinen Heller wert.“

kommen, ehe denn Himmel und Erde entstanden. So still! So überflüchtig! Es allein beharrt und wandelt sich nicht, durch alles geht's und gefährdet sich nicht. Man darf es ansehen als der Welt Mutter. Ich kenne nicht seinen Namen, bezeichne ich es, nenne ich's Tao.“ „Dieses unennbare Tao ist der Schöpfer Himmels und der Erde, das Dagegen, welches man für jeden verständlich bezeichnen kann, ist die fort und fort erschaffende Kraft der Natur, die Natur selbst, bildlich die Mutter alles Seienden.“

„Wer andere kennt ist klug, wer sich selbst kennt, ist erleuchtet. Wer andere überwindet, hat Stärke, wer sich selbst überwindet, ist tapfer. Wer sich zu genügen weiß, ist reich.“

Ein anderer Moral- und Sittenlehrer der Chinesen war Konfuzius, geb. 551 v. Chr. Sein Sinn war mehr auf das Praktische gerichtet. In allen Dingen das rechte Maß halten, ist eine seiner Hauptlehren. Sein und seiner Schüler Werke bilden in ihrer Gesamtheit den Kung, die Bibel der Chinesen. Diese Schriften gelten in China als klassisch und haben auf die Literatur der Chinesen einen bedeutenden Einfluß ausgeübt. Die Weisheitsprüche des Konfuzius über Raum und Zeit hat uns Schiller so wundervoll verdeutscht: „Nur Beharrung führt zum Ziel, nur die Fülle führt zur Klarheit und im Abgrund wohnt die Wahrheit.“

Einige Proben chinesischer Lyrik (v. Strauß und Torney):

„Sucht nach dem entferntesten Gemahl: Es zirpelt laut die Grill' im Gras, — es hüpfet die Heuschreck' über's Feld, — noch seh ich nicht den hohen Mann, — mein banges Herz ist gramgegrübelt, — tönn' ich ihn doch erst sehen, — oh, ihm erst entgegengehen, — oh, dann wär' mein Herz in Ruh gestellt.“

„Ich stieg das Südberg' hinan, — da pflückt' ich Gabelnarn am Grund, — noch seh ich nicht den hohen Mann, — mein banges Herz ist kummermund. — Könn' ich ihn doch erst sehen, — oh, ihm erst entgegengehen, — oh, dann wär' mein Herz still und gesund.“

„Liebespein.“ „Wie steigt der Mond in Herrlichkeit! — Wie reizend ist die schöne Maid! — O, wär' ich los der Sehnsucht Veld! —

Wie liegt mein armes Herz in Streit!“ — „Wie steigt der Mond mit lichtigem Schein! — Wie glänzend strahlt die Schöne mein! — O, könn' ich los der Fesseln sein! — Wie ist mein armes Herz voll Pein!“ Die chinesische Literatur ist reich an Werken über Philosophie, Mathematik, Astronomie, Naturwissenschaften, Medizin, Geschichte, Philologie und Literaturgeschichte.

Einige Proben von Dichtungen anderer Völker mongolischer Rasse aus Herder: Stimmen der Völker in Liedern. Lappländisch: „Aus „Die Fahrt zur Gellebten.“ „Sonne, wirf den hellsten Strahl auf den Dron-See! — Ich möchte steigen auf jeden Fichtenspigel, — wüßt ich nur, ich läße den Dron-See. — Ich stieg auf ihn und blickte nach meiner Lieben, — wo unter Blumen sie jezo set.“ — „Hält' ich Flügel, zu dir zu fliegen, Krähensfügel, dem Lauf der Wolken folgt ich, ziehend zum Dron-See.“

Aus einem ernstlichen Hochzeitstieb: „Schmück dich, Mädchen, eile Mädchen, — schmück dich mit jenem Schmucke, — der einst deine Mutter schmückte. — Lege an dir jene Bänder, die die Mutter anlegte. — Auf den Kopf das Band des Kummers, — vor die Stirn das Band der Sorge. — Sitze auf dem Sitz der Mutter, — tritt auf deiner Mutter Fußtritt; — weine, weine nicht, o Mädchen. — Wenn du bei dem Braut schmuck weine, — weine du dein ganzes Leben.“

Aus einem sinnlichen Epos: „Spielt der alte Bändmölnen, nicht gab's zu der Zeit im Walde — Tiere, laufend auf vier Füßen, die mit langen Stelzen gingen, — die nicht kamen zuzuhören, — um bewundernd sich zu freuen. — Lustig sprang das mun're Einhorn, kletterte von Ast zu Ast. — Näher kamen Hermelne, — lehten sich dort an die Säune, — auf den Fluren hüpf das Elen. — Luchse tellen selbst die Freude. — Alle Vögel in den Lüften, — alle Schwinger zweier Flügel — kamen munter da geflattert, kamen eifrig angeflogen, — um die Lüne anzuhören — und bewundernd sich zu freuen.“

Um dem trüben Stand der Dinge abzuwehren, schlägt der Zentralrat als Mittel der Besserung vor, daß fortan jeder Betriebsrat der allgemeinen Versammlung einen Tätigkeitsbericht vorzulegen hat; daß jede Kandidatur besprochen und über sie getrennt abgestimmt werden soll und daß die Kritik nicht nur zu dulden, sondern gutzuheißen ist. Die sogenannten freiwilligen Beiträge sollen auch wirklich freiwillig sein. Die Gewerkschaften sollen sich mehr um die Einholung ihrer eigenen Beiträge kümmern und dazu besondere Funktionäre heranziehen. Um die Unterstellungen zu unterbinden, „ist es unerlässlich, daß die gewerkschaftlichen Funktionäre als auch die Arbeiter ihre Haltung gegenüber den Betrügern ändern und aufhören, sie mit Wohlwollen zu betrachten. Es ist nötig, nicht nur die Betrüger, sondern auch die gewerkschaftlichen Stellen unbarmerzig zu bestrafen, die durch Duldung der Abwesenheit einer Kontrolle Betrügereien begünstigen.“

Die Lösung der Betriebsräte soll sein: Bilden und überzeugen. Mit den wegen Nichtigkeiten oder selbst ohne stichhaltigen Grund dekretierten Ausschüssen aus der Gewerkschaft sei zu brechen. Die Abwesenheit von einer Generalversammlung oder die Nichtbeteiligung an religiösen Festen (!) dürfe nicht mehr als Ausschlußgrund betrachtet werden. Die Betriebsausschüsse „dürfen indessen auf die Interessen der Arbeiterklasse nur insoweit Rücksicht nehmen, als es sich vereinen läßt mit dem Zustand der nationalen Wirtschaft und den dem Proletariat zugewiesenen allgemeinen Aufgaben.“ Die Betriebsräte sollen auch weiterhin die Steigerung der Produktivität fördern, aber nicht vergessen, daß sie die Vertreter ihrer Arbeitskameraden sind. Es scheint unzulässig, daß die Betriebsräte alle Befehle der Betriebsdirektion gegenzeichnen, ohne sich die Mühe zu nehmen, die Befehle zu besprechen, selbst wenn es sich um Entlassungen von Arbeitern infolge eines Streites, einer Weigerung, den Lohn zu erhöhen, oder dergleichen handelt.

Die Lohnpolitik der Gewerkschaften soll danach streben, die Bezahlung in der Großindustrie und dem Verkehr zu erhöhen, wenn sie unter dem allgemeinen Durchschnitt steht. Der Leistungslohn (Stücklohn) ist überall anzunehmen, wo es möglich ist. Der Zentralrat warnt die Betriebsausschüsse vor der Neigung, die Leistungstabelle, die von der Direktion vorgeschlagen werden, unterschiedslos anzunehmen. Weiter erfuhr er die Gewerkschaften, in den Kollektivvertrag eine Bestimmung einzusetzen, die besagt, daß bei Einstellungen Gewerkschaftsmitgliedern der Vorzug gegeben wird. Es dürfen aber nicht, wie das zurzeit vorkommt, unorganisierte Arbeiter entlassen werden, um organisierten Platz zu machen.

Soweit also die auszugewiesene Wiedergabe aus dem „Informations Sojales“. Zur Ergänzung möchten wir hier noch kurze Auszüge aus der von Heinrich Löffler im Verlage des ADGB. herausgegebenen Broschüre „Rußland im Lichte englischer Gewerkschafter“ anhängen. Die englischen Gewerkschaften hatten bekanntlich vor einiger Zeit eine Delegation von 7 Gewerkschaftlern und 3 Sachverständigen nach Rußland geschickt, um dort die Arbeiterverhältnisse zu studieren und den englischen Arbeitern Bericht zu erstatten. Dieser Bericht ist nun, wie in seinem Vorwort gesagt wird, zu neun Zehnteln von den drei Sachverständigen und mehr als „roßig“ zugunsten Rußlands gefärbt. Löffler setzt sich im vorgenannten Broschüre kritisch mit der englischen Delegation auseinander, wobei er für ihre fonderbare Berichterstattung folgende Erklärung findet:

„Das Streben der englischen Gewerkschaftsdelegation ist weniger auf die Erforschung der objektiven Wahrheit über die Lage der arbeitenden Klassen in Rußland, ihrer individuellen Freiheit und ihrer politischen und wirtschaftlichen Rechte abgestellt gewesen, sondern sie wollte ihren Landesleuten, die im Herbst 1924 in den Russenschreck verfallen waren, nachweisen, daß Rußland ein unter dem Sowjetssystem gestifteter Staat geworden ist, mit dem man Handelsverträge abschließen, kurzum Handel treiben kann.“

Dem Kapitel: „Die englische Gewerkschaftsdelegation über die russischen Gewerkschaften“ entnehmen wir nun folgende Stellen:

„Die Delegation stellt fest, daß „unter der Herrschaft des Kriegskonsumismus“ die Beiträge der Gewerkschaften „aus Staatsgeldern gedeckt“ wurden. Diese Tatsache gehört aber noch nicht der Vergangenheit an. Seite 173 des Berichts heißt es ausdrücklich: „Es ist ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaften, solange sie, wie die Konsumgenossenschaften, einen Teil der Aufgaben des Staates auf sich nehmen, auch aus Staatsgeldern unterstützt werden.“

Man beachte: Nicht wurden, sondern werden. Es ist also festzustellen, daß diese Gewerkschaften keine unabhängigen Organe der russischen Arbeiter, sondern vom Staat abhängige Institutionen sind. ... Könnte der Internationale Gewerkschaftsbund, sich Amsterdambes, verständlich finden? Er hat darauf zu sehen, daß die ihm angeschlossenen Landesorganisationen ihre Unabhängigkeit auch gegen die Regierungen wahren. Er kann in die Lage kommen, Beschlüsse fassen und durchführen zu müssen, die sich gegen Maßnahmen der

Regierungen richten. Man denke nur an einen Kriegsfall. Unmöglich wäre es, in eine Beratung einzutreten im Beisein einer von der Regierung eines Landes ausgehauenen Gewerkschaftsvertretung. Ueber die Beitragszahlung in den russischen Gewerkschaften macht die Delegation Seite 173 folgende Mitteilungen:

„Die finanzielle Lage der Gewerkschaften scheint sich zu bessern. Im Januar 1923 hatten noch der allrussische Gewerkschaftsrat und die Hälfte der Gewerkschaftszentralen ein Defizit, im Januar 1924 dagegen nur noch drei der letzteren. Während 1923 reduzierte sich die Zahl der ein Defizit ausweisenden Provinzialräte von 60 auf 15 und beträgt augenblicklich nur noch 10; dagegen weist noch die Hälfte der Provinzialräte der einzelnen Gewerkschaften ein Defizit auf. Die Beitragszahlung bessert sich jedoch zusehends, besonders dort, wo die individuelle Beitragszahlung wieder eingeführt wurde. Im Jahre 1923 wurden 60 Proz. aller Beiträge gezahlt; im Jahre darauf schon ungefähr 70 Proz. Der durchschnittliche Beitrag beträgt 2 Proz. des Lohnes und wird an den Betriebsrat gezahlt, der ihn an die Kassen weiterleitet, und zwar 10 Proz. an die gewerkschaftlichen Provinzialräte und bis zu 25 Proz. an die Zentrale der Gewerkschaft.“

Der in diesem Zitat angedeutete organische Aufbau der Gewerkschaften ist nicht klar erkennbar. Das ist überhaupt einer der größten Mängel des Berichts, daß dort, wo Klarheit bringen erforderlich wäre, sie vermist wird. ... Es wird von der Delegation festgestellt, daß 1923 der allrussische Gewerkschaftsrat und die Hälfte der Gewerkschaften Defizite hatten trotz Staatszuschüssen. Ein Trost aber bleibt der Delegation: Es wird besser. Interessant ist, daß 1923 rund 60 Proz. der Beiträge und 1924 ungefähr 70 Proz. gezahlt wurden. — Auf Seite 172 wird festgestellt, daß die Mitgliederzahl im Oktober 1924 rund 6 Millionen betragen habe. Aus den Mitteilungen über die Beitragsleistungen ist nun zu ersehen, daß es 1923 gleich 40 Proz. und 1924 noch über 30 Proz. Papiersoldaten gab, daß die Angaben über die Stärke der Gewerkschaften in Rußland also sehr vorichtig aufzunehmen sind, denn die Papiersoldaten zählen nach Millionen.

Streitigkeiten „aus dem individuellen Arbeitsvertrag und allgemeine Streitigkeiten aus Kollektivverträgen“ gibt es sehr viele. Nach dem Bericht umfassen sie 1923 1.500.000 Arbeiter. Gegen die Arbeiter sei in 15 Proz. der Fälle entschieden worden, in 70 Proz. wurden Kompromisse geschlossen und in 15 Proz. den Arbeitern Genugtuung gewährt. Das sieht alles so aus, wie in jedem kapitalistischen Staat, nur nicht so, wie wenn die Arbeiterklasse, wie die Delegation sehr oft behauptet, die „herrschende Klasse“ in Rußland wäre.

Dann kommt die Delegation auf die Frage des Streikrechts und der Streiks zu sprechen und bemerkt, daß das Streikrecht gewährt sei, nur habe der Streik in Rußland seine Funktionen geändert. In kapitalistischen Staaten seien Streiks „ein dauernder Schutz gegen die Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital.“ Aber in Rußland:

„Der Arbeiter genießt den ganzen Ertrag der Industrie nach genauer Abzug der Kosten für Wiederbeschaffung, Rücklagen usw. Er streikt hier nicht mehr, um sich oder die Gesellschaft vor Ausbeutung durch privaten Eigennutz der Verwaltung, wie zum Beispiel Verzögerung der Lohnauszahlung, zu bewahren.“

Der Arbeiter genießt den vollen Ertrag seiner Arbeit. Er hungert zwar dabei, aber dann kann ihm eben nicht geholfen werden. Wo nichts mehr ist, hat auch „die herrschende Klasse“ ihre Rechte verloren. Eine seine Sache, um Arbeiterforderungen abzudrehen. — Die Stellung der Behörden und Gewerkschaften bei Streiks in staatlichen Unternehmungen sei, daß unter dem Sowjetssystem Streiks kein normales Vorgehen sein sollten. Sie sollten nur in klaren Fällen des Mißbrauchs der Amtsgewalt gebilligt werden.“ Aber dennoch waren Streiks ausgebrochen, und zwar gibt die Delegation dafür folgende Gründe an:

„Diese Streiks waren meistens auf verspätete Lohnzahlung zurückzuführen. Es scheint, daß Streiks mit wachsender Häufigkeit entgegen der Politik der Gewerkschaften ausbrechen.“

Die „herrschende Klasse“ streikt also mit wachsender Häufigkeit gegen ihre eigene Herrschaft. — Die Politik der Gewerkschaften gegen den Privatkapitalismus ist von der Delegation auch sehr schön dargestellt. Das muß man genießen:

„Die Politik gegenüber Streiks in Privatunternehmungen, wie sie vom 6. Gewerkschaftskongreß festgelegt ist, war dahin gerichtet, daß dieses Mittel nicht zu oft angewendet werden sollte, und es scheint, daß die Gewerkschaften im großen und ganzen gemäßig sind.“

Mehr kann man wirklich nicht verlangen. Die revolutionären Gewerkschaften Sowjetrußlands waren sogar gegen den Privatkapitalismus „im großen und ganzen gemäßig“ und münchlich, daß das Mittel des Streiks „nicht zu oft angewendet werden sollte.“

Damit wollen wir es genug sein lassen. Den beiden vorausgegangenen Artikeln über russische Kommunalwirtschaft haben wir hier Kritiken über die russischen Gewerkschaftsverhältnisse folgen lassen, nachdem wir bereits früher Schilderungen über den russischen Kommunalarbeiterverband hier wiedergaben. Bemerkenswert ist, daß die Summe der Ausgaben auf Spalte 835 in voriger Nummer der „Gewerkschaft“ um 10 Millionen Rubel zu niedrig angegeben ist, wie jeder leicht nachrechnen kann.

## Staats- und Gemeindebetriebe müssen Musterbetriebe werden!

Das war der Ruf, mit dem vor einem Vierteljahrhundert die älteren Genossen an uns jüngere herantraten. Es bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen, daß unter diese Parole auch die Kommunalbetriebe fallen. Ja, alle gemeinwirtschaftlichen Betriebe sollten darunter fallen. Diese Betriebe sind weit mehr als alle privatwirtschaftlichen Betriebe Kulturercheinungen der Menschheit.

Aber was ist Kultur? Oft wird das Wort geschrieben und gesprochen, wohl selten aber in seiner ganzen Tiefe erfährt. Kultur ist bewußt formender und schaffender Menschengeist. Hieraus geht hervor, daß all dem Schaffen und Wirken eine beeinflussende Kraft innewohnt. Im Gegensatz hierzu steht der Urtrieb des Menschen, das instinktive Stillen des Hungers, des Durstes, der Lust, ganz gleich ob die Befriedigung all dieser Begierde auf einer einfachen oder komplizierten Weise erreicht wird. Erst das, was darüber hinaus geht, das Streben nach Schönheit, nach dem Erkennen des Warum macht die wahre Kultur aus.

lassen wir die Werte, die der Menschengeist im Laufe der Jahrhunderte geschaffen hat, vor unjerem geistigen Auge vorüberziehen, dann muß es auch den denkfaulsten Arbeitskollegen klar werden, daß der Anteil der Arbeiter an den geschaffenen Kulturwerten kein geringer ist.

Nur der dem Gottesluche: „Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen!“ untertänige Arbeitsklane kann im Hinblick auf ein besseres Jenseits Befriedigung in den jetzigen Zuständen finden. Mit Last und Liebe schaffend, von dem Geschaffenen seinen gerechten Anteil forciend, sich seines Wertes bewußt und froh genießend, das muß das Ideal der Arbeiterschaft sein.

Die Erde als Heimat und das Leben als einziges Leben erkannt zu haben, wird einst eine mächtige Triebfeder werden, alle blutigen, brutalen Feinden auszuschalten, im edlen Weltstreit die Kräfte zu messen, die Erde und das Leben schön und gut auszugestalten und auch im anderen Volks- und Glaubensgenossen seinen Mitmenschen zu sehen. Wer so sich seines Wertes bewußt ist, wird sich auch nicht in hündischer Unterwürigkeit seinem Vorgesetzten und Mitbürger im „besseren“ Gewand als freiwilliger Sklave nahen. In privaten Betrieben ist meist in erster Linie das gute vorteilhafte Schaffen bei der Beurteilung eines Arbeiters das ausschlaggebende Moment. Anders oftmals in Staats- und Kommunalbetrieben. Hier spielt sich zu oft bei Einstellungen das „Herkommen“ die ausschlaggebende Rolle, und bei Beförderungen wird allzu oft einem krummen Rücken der Vorzug vor ein paar steifigen Händen gegeben. In Anbetracht dessen, daß alle Staats- und Kommunalbetriebe darunter leiden, sollte durch die Betriebsräte für möglichst gerechtfertigte Einstellungen und Beförderungen gesorgt werden.

Alle Kritiken an der Leitung oder an den Vorgesetzten sind ungerechtfertigt, wenn nicht mit demselben Eifer und derselben Schärfe gegen Verfehlungen und Unterlassungen der Arbeiterschaft vorgegangen wird. Nichts wirkt empörender, als eine einseitige Stellungnahme gegen bestimmte Personen oder Gruppen. So ist das Am-städtischen-Tempo gehen oftmals mehr als eine bloße Redensart. Ebenso ist das leichtfertige Umgehen mit bestimmten Sachen unter dem Vorwand, „es gehe doch aus dem großen Sack“ eine Unverantwortlichkeit. Man bedenke immer, daß all die zum Unterhalt vieler Staats- und städtischen Betriebe notwendigen Mittel aufgebracht werden müssen auch von Leuten, die noch ärmer sind als wir.

Das Leben wird immer ein Kampf sein, doch der Mensch hat es oft in der Hand, ob sich dieser Kampf in größeren oder feineren Formen abspielt. Unbestreitbar brachten jahrzehntelanger Kampf in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeitern eine gesichertere Existenz als den in privaten Betrieben beschäftigten Arbeitskollegen. Jeden wir ihre Arbeitsleistungen und ihre wirtschaftliche Lage öfter in den Kreis unserer Betrachtungen, so erkennen wir klarer unsere eigene Lage und bewahren uns vor der Behäbigkeit, wie sie sich in Beamtenkreisen allzu oft bemerkbar macht.

Aber nicht nur die eigene Lage soll man mit der des Berufskollegen im privaten Betrieb vergleichen. Sondern die ganze technische und wirtschaftliche Lage des staatlichen oder städtischen Betriebs. Es gibt zahlreiche private Betriebe die in ihren Einrichtungen auf höchster Stufe stehen und geleitet werden von Personen, die ausgestattet sind mit einem reichen Wissen, besetzt mit einem starken Tatendrang und edler Hingabe an ihren Betrieb. Sie können als Muster für rückständige Staats- und Gemeindebetriebe gelten. Aber all das dient nur dem Urtrieb des einzelnen, der Befriedigung des eigenen Ichs. Gemeinde- und Staatsbetriebe

haben höhere Aufgaben, sie haben restlos der Allgemeinheit zu dienen. Da sollte uns in der gleichen Weise beseelen die Hingabe an den Betrieb, in dem wir wirken.

Wohl kann es Zeiten geben, in der passive Resistenz der Arbeiter um ihrer selbst willen zur Pflicht wird: denn noch sind wir nicht „gleichberechtigte Mitarbeiter“. Oftmals werden wir sogar behandelt als eine nur zum Betrieb gehörende Sache. Es ist nicht Aufgabe des im Betrieb beschäftigten Arbeiters oder Handwerkers, als Einzelperson direkt leitend in den Betrieb einzugreifen. Aber notwendig ist es, daß er sich mit dem Geist, der den Betrieb beseelt, vertraut macht und zum Wohle der Mitbürger und der Arbeitskollegen seine Kraft einsetzt. Die Arbeiterschaft selbst muß es beweisen, ob sie von vorwärtsstrebendem Geist, d. h. von dem Geiste der Bewegung erfüllt ist, oder ob es richtig ist, daß in der Masse das Geise der Trägheit verankert ist.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist auch hier wie in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung die Pflicht. Ihre höchste Stufe erreicht sie da, wo sie nicht von außen uns auferlegt werden muß, sondern wo sie von innen quillt und sich auswirkt in der Weise, wie sie einer unserer Arbeitskollegen tagtäglich allen Krankheiten zum Troste übt und ihn zu dem Ausspruch brachte: „Es ist für mich immer ein erhebendes Gefühl, wenn ich abends nach Hause gehe und weiß, daß ich meine Pflicht getan habe.“

Fast alle Staats- und Kommunalbetriebe sind lebenswichtige Betriebe. In ganz besonderer Weise wird die Bevölkerung durch sie in ihrer Lebensführung beeinflusst. Daraus geht hervor, daß die Arbeiter dieser Betriebe bei allen wirtschaftlichen Kämpfen sich einer weit größeren Verantwortung bewußt sein müssen als ihre Kollegen in den meisten ihrer Privatbetriebe.

Neunzehnhundertachtzehn war das Jahr, das nicht nur die Herren von „Gottes Gnaden“ zum Sturz brachte, es war auch das Jahr, wo das demokratische Empfinden in den Massen auflebte. Verstaatlichung und Kommunalisierung war die Parole. Zahlreiche Betriebe wurden von Staat und Kommune übernommen und mit und ohne Erfolg geführt. Gegenwärtig werden sie unter der Parole „Rettet das Handwerk“ abgebaut oder ihre Entwicklung hintangehalten. Pflicht jedes zielbewußten Arbeiters ist es, den Ursachen nachzugehen und an deren Beseitigung mitzuwirken. Revolutionierend greift oft die Technik in die Wirtschaft ein. Ihre Auswirkung ist zumeist in erster Linie zum Nutzen der Besitzenden und wird darob oft mit Freude und Staunen hingenommen. Anders im politischen Kampf, hier bedeutet Revolution heller Aufbruch. Demnach dem unumstößlichen Weltgesetz der Wellenbewegung folgt ihr stets eine teilweise Abwärtsbewegung, und nur das ist wirklicher Gewinn, was sich über dem letzten Wellental erhält. Revolutionen sind naturnotwendige Ausbrüche. Sie künstlich hervorbringen zu wollen, ist erfolglos. Die Evolution hingegen bringt langsamen, stetigen Fortschritt. Sie wird es zum größten Teile sein, die unsere wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse umgestaltet und das Proletariat auf solche Höhen führen wird.

Mit Entschiedenheit und übergroßer Majorität traten die Vertreter der größten preußischen Städte auf dem 10. preußischen Städte- tag für neue kommunale Regelbetriebe ein, das ist ein wertvoller Stein zu dem großen Kulturdenkmal der Menschheit. So laßt auch uns mit weiterbauen und fügen den Stein auf Stein zu unserem eigenen Wohl und zum Segen des gesamten Volkes. A. Seyfarth.

## Auf zur Tat!

Ein Teil der Unternehmer und Verwaltungen hat sich mit dem Betriebsrätegesetz abgefunden und macht den Betriebsräten in der Ausübung ihrer Tätigkeit keine Schwierigkeiten. Ein anderer Teil macht aber in neuerer Zeit gewaltige Anstrengungen, um sich von solchen Betriebsratsmitgliedern zu befreien, die es verstanden haben, die Interessen ihrer Kollegen mit der nötigen Entschiedenheit zu vertreten. Ihr Kampf gilt den Betriebsräten, weil sie in dieser Einrichtung den Anfang der Mitbestimmung der Arbeiter im Betriebe sehen, gegen die sie mit allen Mitteln anstürmen.

Der tägliche Kleinrieg ist für Betriebsratsmitglieder entnervend. Seine Tätigkeit ist eine Geschichte für sich, und das keine erbauende. Vom Geise höchst ungenügend gestützt, bildet der Betriebsrat den Pressbock zwischen Belegschaft und Geschäftsleitung, zwischen dem einzelnen Kollegen und seinem Vorgesetzten. Immer Zufällen aus-

geseht, darf er die eisernen Ruhe nicht verlieren. Mag er das beste Bestreben haben, ein Vorbild ruhiger Sachlichkeit zu sein, um auch den Gründen der Gegenseite gerecht zu werden, so kommen für ihn dennoch Augenblicke, wo sein Blut aufwallt. Ein Uebersehen einer gesetzlichen Bestimmung, ein unbedachtes Wort, und sein Schicksal ist besiegelt.

Bemerkens- und beachtenswert ist aber auch eine gewisse Gleichgültigkeit bei manchen Betriebsräten. Schließlich sagen sich die Kollegen: „Wir sind uns so ganz allgemein über unsere Arbeitsbedingungen im klaren und alles Besondere mögen die Gewerkschaftsangeestellten austoben. Vor Entlassungen sind wir ja doch nicht geschüht, und was soll alles andere nügen.“ Es sind nur einige wenige, die sich noch ihre eigene Meinung bilden.

Diese Kollegen sehten aber ihre Angelegenheiten auch durch alle Instanzen hindurch aus. Die Verhältnisse haben sich stark geändert. Man sagt, es geht heute auch wieder ohne Betriebsräte, und es kommt hinzu, daß die Arbeiterschaft selbst das Interesse verloren oder die Idee des Betriebsrätegedankens nicht erfaßt hat und somit der Reaktion glatt in die Hände arbeitet.

Der einzelne, und wäre er noch so stark, vermag gegen das Unternehmertum nichts. Vereint mit den Klassengenossen und umschlungen vom Band der gewerkschaftlichen Organisation, schafft sich die Arbeiterschaft die gebührende Achtung.

Viele Arbeiter und Arbeiterinnen die heute wegwerfend über die Rechte oder Errungenschaften urteilen, die der Arbeiterschaft trotz mancher Verluste noch erhalten werden konnten, haben keine Ahnung, wie elend vor noch nicht langer Zeit es um die Arbeiterrechte in Deutschland bestellt war. Unter unfählichen Mühen und Opfern ist vor dem Kriege aufgebaut worden. Obwohl das Sozialistengesetz, mit dem in den Jahren 1878 bis 1890 jede selbständige Regelung der Arbeiterschaft zu ersticken versucht wurde, gescheitert war, verfolgten dennoch Polizei, Staatsanwälte und Gerichte die Gewerkschaften in ähnlicher Weise, wie während der Dauer jenes Schandgesetzes. Der § 152 der Gewerbeordnung gab zwar den gewerblichen Arbeitern das Recht des Zusammenschlusses mit Gleichgesinnten. Dieses Recht war aber mit unzähligen strafrechtlichen Schlingen für die Arbeiter bedroht, die es benutzten. Die vereinsrechtlichen Zustände waren zudem jammervoll. Die Bildung politischer Vereine oder die Abhaltung politischer Versammlungen war von einer behördlichen Genehmigung abhängig. Sie wurde auch den Gewerkschaften mit der Begründung zur Pflicht gemacht, sie seien politische Vereine. War die Versammlung genehmigt, dann entsandte die Polizei zwei Beamte, die Bericht erstatten mußten. Die Polizei unterrichtete die Unternehmer. Die Redner wurden brotlos und von den Arbeitern nachgewiesen, die sich fast restlos in den Händen der Unternehmerorganisation befanden, von der Einstellung in andere Betriebe ausgeschlossen. In Preußen durften Frauen an solchen Veranstaltungen nicht teilnehmen. Die Streikbrecher wurden von den Behörden beschützt. So wurden z. B. im Jahre 1897 allein wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung 262 Gewerkschaftsmitglieder mit zusammen 48 Jahren 5 Monaten und 6 Tagen Gefängnis und dazu noch Geldbußen bestraft, weil sie sich angeblich gegen Streikbrecher vergangen hatten. Das Unternehmertum konnte dagegen mit schwarzen Listen und in anderer Weise die Arbeiter in Berruf erklären, ohne sie mit dem Staatsanwalt in Konflikt zu kommen. Trotz all jener Schikanen, Drangsalierungen und Bestrafungen haben die Gewerkschaften vorwärts gearbeitet.

Die Proletarisierung der deutschen Bevölkerung hat außerordentliche Fortschritte gemacht. Hätten die Arbeiterwähler ihre Pflicht getan, dann wäre die politische Macht in Deutschland längst in Händen der Arbeiterschaft.

Selbst unmittelbar nach dem Zusammenbruch des verrotteten monarchischen Systems, als die politische Macht in die Hand des Volkes gegeben war, zog in den Reichstag eine bürgerliche Mehrheit ein. Wenn mithin von diesen Reichstagen keine Arbeiter, sondern bürgerliche Politik gemacht wurde, war das nicht Schuld der Arbeiterführer, sondern der Arbeiter selbst.

Während des Krieges und nach dem Zusammenbruch haben die deutsche Schwerindustrie und der Großgrundbesitz einen wahren Raubbau an der Arbeitskraft des deutschen Volkes getrieben und aus der Not der Nation nicht nur die Mittel zur Erhaltung, sondern zum Teil sogar zur mächtigen Vergrößerung des eigenen Besitzes gepreßt. Weder die bürgerlichen Regierungen, noch die Arbeitgeberverbände haben etwas getan, um der Zerstörung der Volkskraft durch die Profligier der Kapitalisten Halt zu gebieten. In dem Augenblick, wo der Raubzug auf die Taschen des arbeitenden Volkes mit der Erhöhung der Zölle, d. h. mit der Verteuerung der Lebens-

haltung für 85 Proz. des deutschen Volkes und der Steigerung des Gewinns der allgewaltigen Produzenten getront werden soll, wagen es die Nutznießer dieser kapitalistischen Politik, den Arbeitern den guten Rat zu erteilen, die Volkswirtschaft nicht durch „unberechtigte“ Forderungen zu ruinieren und das persönliche Interesse hinter das des Staates zurückzustellen. Was die Industriellen und Großgrundbesitzer aber in den letzten Jahren getrieben haben, war nicht die Hintansetzung ihrer Kapitalinteressen hinter die Staatsnotwendigkeiten, sondern die Begünstigung des Staates durch die Wirtschaft. Diesem Nachstreben haben sie alles untergeordnet. Ihm zuliebe haben sie das Ruhrgebiet den Franzosen und Belgieren ausgeliefert, die Inflation heraufbeschworen, die Hypothekengläubiger, die Besitzer der Staatsanleihen und den kleinen Mittelstand enteignet und die Not des Volkes ins Unendliche gesteigert. „Der Staat sind wir!“ sagen zwar nicht die Kapitalisten wie Ludwig XIV., aber sie machen sich ihn in der unverschämtesten Weise dienstbar. Mit seiner Hilfe haben sie von jeder Verurteilung, die Arbeiterbewegung zu erdroffen. Es ist nicht ihre Schuld, wenn die freien Gewerkschaften unter schwersten Opfern die Inflationszeit verhältnismäßig gut überstanden haben. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer starken Organisation ist bei den deutschen Arbeitern infolge der brutalen Interessenpolitik der Besitzenden wieder gewachsen, wenn leider auch viel zu spät.

Der letzte Gewerkschaftstongress hat den Beweis dafür erbracht, daß die Gewerkschaften nach der Überwindung ernstester Gefahren wieder auf dem Wege zu alter achtunggebietender Stärke sind. Die deutsche Arbeiterschaft hat aber nicht nur den Weg zur Organisation zurück, sondern in schwerster, selbstloser Erziehung auch den Weg zum Staat hin gefunden. Sie wird ihre ganze Kraft dareinsetzen, diesen republikanischen Staat, der ihr vorübergehend aus der Hand gegliitten ist, wieder zurückzuerobern und zu einer unumstrittenen demokratischen Republik mit einem wirklich sozialen Inhalt auszugestalten. Millionen Arbeiter stehen angelehnt an diese Talsachen aber noch abseits der großen Arnie, die im Dienste der Arbeiterschaft kämpft. Sie unterstützen ihre Klassenfeinde und verhindern bewußt oder unbewußt der Arbeiterschaft die Erreichung der ihr gebührenden Stellung und Rechte in Staat und Wirtschaft. Diese aufzurütteln und dabei nicht zu erlahmen, ist unsere heilige Pflicht. Darum, Kollegen, mit frischer Tatkraft Hand ans Werk. Vorwärts ist die Lösung! Wir wollen heraus aus der Enge, wir wollen nicht nur Arbeiter, sondern wollen auch Menschen sein, mehr Lebensfreude und weniger Sorge für alle Kollegen und Kolleginnen schaffen.

Willy Walther, Stendal.

### • Landstraßenwärtler •

**Grasschaft Hohenstein.** In der Betriebsversammlung der Straßenwärtler der Grasschaft Hohenstein, am 3. Oktober, in Nordhausen, waren 38 Kreis-Straßenwärtler und 1 Provinz-Straßenwärtler erschienen. Kollege Meister berichtete über den Verlauf der letzten Lohnbewegung, wobei er den Versammelten nachwies, wie notwendig es ist, daß sich die Straßenwärtler zu einer einheitlichen Organisation zusammenschließen. Der christliche Zentralverband der Landarbeiter versucht durch seinen Vertreter Strecker, die Straßenwärtler, die zu unserer Organisation übertraten, zu sich zurückzuziehen. In seinem Schreiben verspricht er den Straßenwärtlern eine Unlast. In Wirklichkeit können es die Vertreter nicht mal in den einzelnen Bauämtern erreichen, das, was tariflich festgelegt wird, durchzusetzen. Erkennt sie an den ganz trassen Fall, wo Herr Buscher bei den Straßenwärtlern, trotz des Tarifes, die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn bis Weihnachten 1924 nicht herausgefunden hatte, so daß die Straßenwärtler betrogen worden sind. Großmütig wollte man in einer Betriebsratsitzung vom 1. Januar ab dieses gewähren. Der Vertreter unserer Organisation, Kollege Meister, hat natürlich dieses als Standal bezeichnet und verlangt, daß mindestens rückwirkend vom Oktober 1924 ab die Nachzahlung erfolgen muß. Hieran kann man erkennen, wie die Interessen der Kollegen von den Christlichen vertreten werden. Einstimmig waren die Kollegen der Meinung, daß für sie kein Platz im Zentralverband der Landarbeiter sein kann. Herr Strecker sah auch ganz allein und mußte unverrichteter Dinge abziehen. Den Straßenwärtlern rufen wir nochmals zu: haltet fest zusammen im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Am 29. November d. J. bei den Provinz- und Kreiswahlen aber geht reiflos zur Wahlurne und wählt nur wirklich Arbeitervertreter. Nur dadurch ist es möglich, daß die Lage der Straßenwärtler gebessert wird.

**Aus unserer Bewegung**

Die Bezirkskonferenz des Bezirks Rhein-Main am 3. und 4. Oktober in Worms nahm ein Referat des Kollegen Dittmer-Berlin über: „Arbeitgeberverbände in kommunalen Betrieben“ entgegen. Dittmer schilderte die Entstehung des Reichsarbeitgeberverbandes im Jahre 1920. Die Wirren der Zeit, die Erhaltung der Selbständigkeit gegenüber dem Reich, die Bewirklichung des Tarifvertragsgebantens und nicht zuletzt der starke Aufschwung der Arbeitnehmerorganisationen trugen dazu bei, eine Beschleunigung des Zusammenschlusses der Städte herbeizuführen, um die Fragen des wirtschaftlichen Lebens gemeinsam zu regeln. Der Abschluß des Reichsmanteltarifes war das Produkt gegenseitiger Verhandlung und das Spiegelbild der Stärke der sich gegenüberstehenden Organisationen. Die Frage der Entlohnung wurde den wenigen bestehenden Bezirksverbänden überwiesen, in den Großstädten örtlich geregelt. Auch der Reichsmanteltarif wurde in verschiedenen Großstädten nicht anerkannt, und mit Recht konnte Dittmer sagen, daß dieses Fehlen der Städte eine un günstige Einwirkung auf die Gesamtgestaltung zur Folge hatte. Wenn bei den nachfolgenden Abschlüssen Verschlechterungen mit in den Kauf genommen werden mußten, so lag dies an der allgemeinen Lage und der Einwirkung der wirtschaftlichen Körperschaften der Privatindustrie auf die kommunalen Arbeitgeberverbände. Dittmer kommt zu dem Schluß, daß einer großen und starken Arbeitgeberorganisation eine noch größere und stärkere Arbeitnehmerorganisation gegenübergestellt werden muß. Schmeier von der Bezirksleitung machte ergänzende Ausführungen, die besonders vom Gesichtspunkte der Verhältnisse im Bezirk getragen waren. Man kann es wohl verstehen, wenn städtische Arbeiter, besonders da, wo in den Stadtverwaltungen und in den Stadtparlamenten sozialistische Mehrheiten vorhanden sind, Anträge auf Austritt aus dem Arbeitgeberverband stellen. Damit wird aber auch der Tätigkeit dieser Vertreter ein gutes Zeugnis ausgestellt. Selbstverständlich ist aber, daß der Grundpfeiler der Gewerkschaftsbewegung, die Solidarität, als Richtschnur des Handelns angesehen werden muß. Aber auch die wirtschaftliche und technische Entwicklung bringt es mit sich, daß die Frage nicht mehr vom örtlichen Gesichtspunkte aus betrachtet werden kann. Ein Beweis: Die Bemühungen der Stadt Frankfurt, einen Rhein-Mainischen Städtefranz zu gründen, um Fragen wie Ferngasversorgung, Fernwasser- versorgung, gemeinsame Ausbeutung der Braunkohlenbergwerke zur Herstellung von Elektrizität usw. gemeinsam zu regeln, sind nicht Fragen, entstanden aus Großmannsjucht, sondern die Entwicklung und die Not der Zeit drücken ihr den Stempel auf. Und diesen Tatsachen ins Auge zu schauen, muß man den Mut haben und sich seinen Einfluß belisten sichern. Auch die Rechtsgrundlage ist in Betracht zu ziehen. Nach der Verfassung darf das Koalitionsrecht nicht angefaßt werden.

Der zweite Tag brachte ein Referat von Dr. Reumann-Frankfurt über: „Das neue Arbeitsrecht und der Entwurf des neuen Arbeitsgerichtsgesetzes.“ Die Arbeitsgerichte müssen das Vertrauen der Arbeiterschaft haben. Deshalb dürfen die Arbeitsgerichte nicht in die Hände von Juristen gelegt werden, die die Arbeiterbewegung vielleicht nur dem Namen nach kennen oder ihr gar feindselig gegenüberstehen. Die Zulassung von nur nichtjuristischen Arbeitervertretern in der ersten Instanz ist eine Notwendigkeit, die der Redner als Anwalt befürwortet. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Die in Worms tagende Bezirkskonferenz erjuht den Verbandsvorstand, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Arbeitsgerichte als Sondergerichte mit anschließender Beteiligung der Arbeitnehmer umgehend geschaffen werden. Ferner ist mit allem Nachdruck die Schaffung einseitlicher Arbeitsbehörden zu fordern.“

Die Gründung einer Bezirksstaffe wurde vorgenommen und dem Bezirksvorstand, der ebenfalls neu gewählt wurde, zur weiteren Bearbeitung überwiesen. In den Bezirksvorstand wurden gewählt: Schneider und Probst, Frankfurt; Oberer, Offenbach; Amlung, Mainz; Fehr, Kassel und Schnarr, Worms. Als Erlaubte gelten: Winterling und Henn, Frankfurt; Heing, Bingen; Böller, Wiesbaden; Vogel, Oiesen und Hummel, Darmstadt. Ein weiterer Antrag, regelmäßig Statistiken über die Löhne und die Lebenshaltung herauszugeben, wurde angenommen, aber von der Bezirksleitung auch der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die Fragebogen regelmäßig von allen Filialen eingeholt werden, damit die Arbeit von Erfolg getränkt ist.

Karlsruhe. In einer stark besuchten Versammlung am 1. Oktober nahmen die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen Stellung zum 1. Schluß der von der Lohnkommission eingeleiteten Lohnbewegung. (Siehe Artikel in Nr. 41 „Gewerkschaft“ Sp. 836 u. f.) Kollege Koch gab den Bericht. Die Aussprache darüber führte zur Annahme folgender Resolution:

„Die am 1. Oktober 1925 im „Friedrichshof“ tagende Versammlung aller bei der Stadtverwaltung Karlsruhe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm den Bericht der Lohnkommission zur Kenntnis. Sie protestiert aufs entschiedenste gegen die von den Städtevertretern einge-

nommene Forderung, daß die Gemeinbedarbeiter kein Recht hätten, Forderungen zu stellen. Die Ablehnung des vom stellvertretenden Landes- schlichter gestellten Schiedspruchs, der eine Lohnerhöhung von 3 Pf. brachte, begrüßt die Versammlung, hatte sie doch zur Folge, daß neue Verhandlungen vor dem eigentlichen Landes- schlichter getätigt wurden, mit einem nennenswerten Erfolg. Daß in die neue Vereinbarung der Schiedspruch der Bezirks- schlichterstelle angenommen wurde, ist als be- sonderer Erfolg der Arbeitnehmervertreter zu buchen. Wenn auch die For- derungen nicht in dem Maße erfüllt wurden, wie es nach der gegen- wärtigen wirtschaftlichen Lage und der enorm schlechten Lebenshaltung für die Arbeiterschaft erforderlich wäre, stimmt die Versammlung doch der neuen Vereinbarung zu, da ab 1. Dezember ein weiterer Pfennig an Lohnerhöhung gewährt wird. Die Versammlung spricht der Lohnkom- mission und der Organisationsleitung an Orte ihr vollstes Vertrauen aus. Die von der Organisation getroffenen Kampfmaßnahmen werden gebilligt. Daß sie zurückgezogen wurden, mit Rücksicht auf die getroffenen Vereinbarungen, die die Vorbedingung für diese Maßnahme war, damit erklären sich die Versammelten einverstanden. Wenn für diesmal der Schiedspruch aufrechterhalten werden konnte, so nur deshalb, weil die Städtevertreter eingesehen haben, daß mit der Einmütigkeit, wie die Ge- meinbedarbeiter den Schiedspruch mit 3 Pf. abgelehnt haben, sie sich in ihrer Annahme gründlich getäuscht haben, daß die Gemeinbedarbeiter nicht hinter der Lohnkommission stehen. Die Versammelten geloben, an dem inneren Ausbau der Organisation intensiv mitzuarbeiten, um die Schlag- kraft der Organisation noch mehr wie bisher zu erhöhen. Sie geloben ferner, auch materielle Opfer zu bringen, um die örtlichen Finanzen so zu gestalten, daß bei einem etwa ausbrechenden Kampfe die Möglichkeit lokaler Unterstützungsmaßnahme gegeben ist.“

**Internationale Rundschau**

Gewerkschaftlicher Kampf gegen Krieg und Militarismus. Der im September d. J. in Breslau abgehaltene deutsche Gewerkschafts- kongress hat unter anderem einen wichtigen Beschluß gefaßt, der sämt- liche Gewerkschaften verpflichtet, im Falle eines Kriegsausbruches die Herstellung von Waffen und Munition und den Durchtransport von Truppen und Kriegsmaterial mit allen Mitteln zu verhindern. Diese Entscheidung, die einstimmig erfolgte, schließt sich eng an das Programm an, das der Internationale Gewerkschaftskongress in Wien zur Bekämpfung von Krieg und Kriegsgefahr aufgestellt hat. Es dürfte wünschenswert sein, daß auch die Gewerkschaftskongresse in anderen Ländern sich mit dieser für die Arbeiterschaft so wichtigen Angelegenheit beschäftigen und den Willen betonen, dem Wiener Internationalen Beschluß entsprechend zu handeln. Der Wiener Be- schluß hatte folgenden Wortlaut:

„Der vom 2. bis 6. Juni 1924 in Wien tagende internationale Gewerkschaftskongress bestätigt die früheren Resolutionen gegen Krieg und Militarismus und erinnert die national und inter- national organisierte Arbeiterklasse an ihre Pflicht, sich dem Krieg entschieden zu widersetzen: durch Stilllegung der Waffen- und Munitionsindustrie sowie des Transportes von Kriegsmaterial, den wirtschaftlichen Boykott und den internationalen Generallstreik. Der Kongress erklärt, daß es Pflicht der Gewerkschaftsorgani- sationen aller Länder ist, durch eine unausgesetzte Propaganda für die Beseitigung des Völkerverhaßes zu arbeiten und auf eine neue Organisation der Völkerverbindungen hinzuwirken, die sich auf gegenseitige internationale Hilfe, auf Anwendung des internati- onalen Rechtes und des obligatorischen Schiedsgerichts gründet. Im der Erkenntnis, daß das allgemeine Wohl der Völker nur gefördert werden kann durch eine allgemeine Abrüstung, erklärt der Kongress als dringend notwendig:

1. Durchführung einer Kontrolle für die Waffen- und Munitions- industrie sowie den Handel mit Kriegsmaterial.
2. Einberufung einer internationalen Konferenz zwecks Unter- drückung der privaten Herstellung von Kriegsmaterial und Herbeiführung eines allgemeinen Verbots der Fabrikation und des Handels für alle Arten von Kriegsmaterial.

Der Kongress beauftragt das Bureau des Internationalen Ge- werkschaftsbundes, seine auf die Erziehung der Massen, namentlich der arbeitenden Jugend und der Frauen, auf die Stärkung der für den Frieden arbeitenden Kräfte der Welt gerichteten Bestrebungen fortzusetzen.“

Der Vorstand des IOB. ist zurzeit damit beschäftigt, in Ver- bindung mit den internationalen Berufssekretariaten der Berg- arbeiter, Fabrikarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter fest- zustellen, in welcher Weise die Wiener Beschlüsse am besten zur Durch- führung gebracht werden können.

Belgien. Unser Bruderverband hat eine Denkschrift veröffent- licht in flämischer und französischer Sprache, in welcher Auskünfte erteilt werden über die Gefahr für Gasarbeiter in bezug auf die Kohlenoxydvergasungen. Mit Abbildungen und technischen Erläute- rungen wird gezeigt, in welcher Weise die Arbeiter sich am besten vor dieser Gefahr schützen können. — Die belgische Regierung hat am 20. Juli 1925 beschlossen, dem Parlament einen Entwurf zu unterbreiten zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag.

**Holland.** Eine Kommission von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der freigewerkschaftlichen Bewegung ist eingesetzt worden, welche zur Aufgabe hat, die Lohnfrage der Arbeiter öffentlicher Dienste und Betriebe zu untersuchen und die auch die Frage des Mitbestimmungsrechts des Personals und der Gewerkschaften studieren wird. Diese Kommission ist ernannt worden auf Ersuchen des sozialdemokratischen Vereins der Mitglieder der Gemeindevverwaltungen, welcher meinte, daß eine Lösung dieser Frage erwünscht wäre. Mitglied dieser Kommission sind u. a. auch E. van Hinte, Sekretär der Internationale, für den holländischen Verband des Personals öffentlicher Betriebe und P. Lub für den Zentralverband der Beamten, dessen Sektion „Gesundheitswesen“ unserer Internationale angegliedert ist.

• Rundschau •

**Jahso der Verbilligungsaktion.** Reichskanzler Dr. Luther hat bekanntlich für den 1. Oktober 1925 das Inkrafttreten seiner Verbilligungsaktion vorausgesetzt. Während Luther nun in den Ferien weilte, ist die Zeit verstrichen. Man hat in den Bureaus der Regierung und der Unternehmerverbände wohl viel von Verbilligung geredet; es wurden eine Menge von Konferenzen abgehalten und noch mehr Entschlüsse gefaßt, in denen der Wille zur Verbilligung betont wurde. Genau genommen ist dabei nichts. Wenn wir uns recht entsinnen, dann ist der viel erörterte Fall, wo eine Verteuerung der Weizens durch den Berliner Kohlenhandel um 1 Reichspfennig pro Zentner verhindert wurde, das einzige positive Ergebnis der mit so vielem Geschrei angekündigten Verbilligungsaktion. Das ist traurig, aber wahr. Es ist eben alles so gekommen, wie die Vertreter der Spitzengewerkschaften gelegentlich einer Besprechung mit der Reichsregierung vorausgesetzt haben. Man hat die Verteuerungswelle nicht brechen können, im Gegenteil, die Preise ziehen weiter an. Darüber darf das amtliche Zahlenmaterial nicht hinwegtäuschen. Das Reichsstatistische Amt hat z. B. für den Monat August 1925, für den bis jetzt abschließende Zahlen vorliegen, folgende Entwicklung in der Preisbildung feststellt:

	Ende Juli 1923/14	Ende Aug. 1925		Ende Juli 1923/14	Ende Aug. 1925
Großhandelsindex	133,9	127,5	Großhandelsindex für Industrieerzeugnisse	136,4	134,4
Großhandelsindex für Agrarerzeugnisse	132,6	123,7	Lebenshaltungsindex	143,3	145

Nach den Feststellungen des Reichsstatistischen Amtes hat der sogenannte Teuerungsinde von 143,3 Ende Juli auf 145 Ende August angezogen. Dagegen ist der gesamte Großhandelsindex nicht unwesentlich gefallen. Auch die Indices für die Agrar- und Industrieerzeugnisse haben nicht unwesentlich nachgegeben. Das stimmt. Das Großhandelspreisniveau ist in den letzten Wochen merklich gesunken worden. Die rückläufige Bewegung für Großhandelspreise erklärt sich eben durch die Veränderung des internationalen Preisstandes. Sie ist eine Folge der guten Ernte, des steigenden Abflusses usw. Es handelt sich hier um ganz natürliche Ergebnisse aus dem Rohstoffmarkt und aus der Geschäftslage in der internationalen Wirtschaft und auf dem internationalen Markt. Für sie ist die Regierung Luther nicht verantwortlich zu machen. Diese Verbilligung ist nicht ihr Verdienst. Ihr Verlangen besteht nur darin, daß sie nicht fähig war, die Verbilligung dieser Großhandelspreise auf das deutsche Kleinhandelspreisniveau zu übertragen. So sind z. B. in Deutschland, entsprechend der Preisbewegung auf den internationalen Märkten, die Getreidepreise stark gefallen. Bei uns erklärt sich dadurch zum Teil auch der Rückgang des Großhandelsindex aus der rückläufigen Bewegung der Getreidepreise. Diese rückläufige Bewegung der Getreidepreise hat sich aber im Kleinhandel nicht ausgewirkt. Die Brotpreise haben nur ein ganz klein wenig nachgegeben, während der Mehlpreis sogar gestiegen ist. Der Arbeiter, der naturgemäß neben Brot auch Mehl verbraucht, hat so von der Senkung der Getreidepreise gar nichts gehabt. So oder ähnlich steht es auch um das Verhältnis zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreisen bei anderen Waren. Der Erfolg ist für den Verbraucher eine verteuerte Lebenshaltung, wie sie auch der vom Reichsstatistischen Amt errechnete Teuerungsinde zum Ausdruck bringt. In Wirklichkeit ist aber die eingetretene Teuerung viel schärfer, als die amtliche Teuerungsziffer aussieht. Wir verweisen nur auf die Steigerung der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel, wie sie sich im Monat August vollzogen hat. Danach ergibt sich auf Grund der Feststellungen der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer folgendes:

	Ende Juli 1923/14	Ende August 1925		Ende Juli 1923/14	Ende August 1925
Brot	138	134	Rindfleisch	149	156
Roggenmehl	146	148	Schweinefleisch	167	227
Butter	162	179	Möhren	106	130
Margarine	114	114	Schellfisch	157	217

Die Beispiele könnten beliebig vermehrt werden. Sie ergeben eine wesentliche Verteuerung und stellen ein doppeltes Jahso der

Verbilligungsaktion der Reichsregierung dar, der es durch das Fallen der Preise für viele wichtige Großhandelswaren doppelt leicht gemacht wurde, senkend auf die Kleinhandelspreise einzuwirken. Sie hat es nicht vermocht und getan. Das ist das Ergebnis der Verbilligungsaktion, das nicht weiter diskutiert werden kann und mit dem gerechnet werden muß. Wir wissen, daß einer der Hauptwünsche und einer der Hauptgründe der Lutherischen Verbilligungsaktion das Ziel war, die Lohnforderungen der Gewerkschaften hintenan zu halten. Man wollte durch große Gesten und schöne Versprechungen die notwendige Anpassung der Löhne an den Teuerungszustand verhindern. Die tatsächliche Preisentwicklung hat die Absicht dieser Aktion enthüllt. Die Teuerung raft durchs Land und die Arbeiterklasse lehnt es ab, Opfer einer unheimlichen Zollpolitik zu sein. Sie verlangt ihr Recht, den notwendigen Ausgleich der in den letzten Wochen eingetretenen und sich weiter verstärkenden Teuerung und wird das Mittel der Organisation mit aller Energie benutzen, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Eine Anregung. Einem Artikel „Proletarische Kultur“ von Friedrich Wendel im Oktoberheft der „Büchertreis“-Monatsschrift entnehmen wir folgende beachtliche Ausströmungen: „Eine Überlegenheit des geistigen Rückgangs der Arbeiterklasse ist nicht möglich — muß man ins ABC steigen? — ohne positives Wissen. Was nun aber die Anreizung positiver Kenntnisse angeht, so kommt viel darauf an, zu erkennen, daß aus der heutigen Gesamtsituation sich bestimmte neue Aufgaben technischer und organisatorischer Natur ergeben. Die Massen sind heute von dem Empirischen beherrscht, daß sie auf Bücher Anspruch genau der selben Art haben wie auf die Mittel physischer Existenz. Man laße es nicht bei diesem bloßen Empirischen, man erkenne, daß der Anspruch auf Bücher, also der Anspruch auf die geistigen Existenzmittel, eine Selbstverständlichkeit ist — und man ziehe aus dieser Erkenntnis praktische Konsequenzen! Bitte: was führt der Arbeiter heute für Gründe an, wenn er neue Lohnforderungen stellt? Nun, er führt an, daß die materielle Lebenshaltung die und die Summe Geldes erfordert, und daß er demgemäß so und soviel Lohn haben müsse. In aller Ungeuertheit: wo bleibt in diesen Kalkulationen der Betrag für die geistigen Existenzmittel, für Bücher, Theaterbesuche usw.? Ich weiß genau, daß eine solche Forderung, wenn sie gewerkschaftlich ernsthaft erhoben wird, vom Unternehmer mit schärfstem Gelächter beantwortet werden wird. Nun, den Herren ist schon manches andere davon vergangen! Ich weiß auch, daß der Arbeiter selber für's erste nur zögernd sich entschließen wird, bei seinen Lohnforderungen einen Betrag für die geistigen Existenzmittel mit in Antrag zu bringen. Also groß ist die Bescheidenheit! Aber der Weg muß endlich beschritten werden! Was nutzen alle jene so oft vorgetragenen Klagen darüber, daß „die Löhne so schlecht sind, daß der Arbeiter keine Bücher kaufen kann.“ — was nutzen diese Klagen, wenn nicht endlich angefangen wird, die Forderung auf geistige Existenzmittel in den Aufgabenkreis gewerkschaftlicher Arbeit einzubereichen! Ans Werk! Macht ernst mit der Pflege proletarischer Geistesgüter auch nach dieser Richtung hin! — Diese Anregung Wendels kommt unserm Willen und Winken außerordentlich nahe. Schon vor Jahren haben wir die berechtigte Forderung der Arbeiterklasse anerkannt und unterstützt, daß nicht nur die materiellen, sondern auch die geistigen Existenzmittel verbessert werden müssen. Durch die Herausgabe der „Schriften“ voran zur Aufklärung und Weiterbildung machten wir zunächst den Versuch, das Interesse unserer Kollegenschaft an guten Büchern zu wecken. Die Kriegs- und Nachkriegszeit mit ihren materiellen Not und Sorgen hatte den Bildungswillen erschließen lassen. Unser erlangter zughaltiger Versuch zielt aber so erdreichliche Resultate, daß wir nicht nur die Schriftenammlung weiter ausbauen, sondern auch den Vertrieb und die Vermittlung anderer guter Literatur übernehmen können. Auch hier sind die Größten mitberücksichtigend. Unter Hintanlegung jeglicher „Verdienste“ ist der Verbandsvorstand bemüht, die geistigen Existenzmittel unserer Kollegen zu verbessern. Die vor drei Jahren eingerichtete Abteilung Bücher und „Schriften“ dient vor allem dazu, die Beschaffung guter und doch billiger Bücher zu vermitteln. Das ist vielfach schon lobend anerkannt worden und hat bewirkt, auf diesem Wege weiter zu schreiben. Damit wird in gewissem Sinne das getan, was Friedrich Wendel in vorstehenden Worten fordert, daß „endlich angefangen wird, die Forderung auf geistige Existenzmittel in den Aufgabenkreis gewerkschaftlicher Arbeit einzubereichen.“ Mehr noch! Wir wänschen und bemühen uns dahinabehend, daß jeder Arbeiter eine wenn auch kleine Bibliothek sein eigen nennen kann, die ihm in freien Stunden zur Verfügung steht. Bei diesem Willen kommt uns „Der Büchertreis“ wirklich zu Hilfe, der sich Ende 1924 bildete. Absicht und Zweck des „Büchertreises“ sind gleich den unserigen und wir können diese Gelegenheit zur Anschaffung guter Bücher nur empfehlen. Auch hierbei will die Abteilung Bücher und „Schriften“ lebhaftlich sein (siehe Anzeiger in dieser Nummer) und hat eine Zahlstelle des „Büchertreises“ übernommen. Wir glauben, auch damit den Wünschen vieler, wenn nicht sogar aller Kollegen entgegenzukommen und möchten die Worte Wendels unterstreichen, indem wir sie wiederholen: Macht ernst mit der Pflege proletarischer Geistesgüter auch nach dieser Richtung hin!

Verlag: In Vertretung des Verbands: bei Gemeindegewerkschaften in Berlin u. a. B. Reichsstatist. Amt, Berlin 1925, Nr. 33, S. 111/112.

Fallen  
ht ge  
Sie  
rbilli  
m ge  
e und  
das  
n zu  
ungen  
D ver  
dieser  
beiter-  
Sie  
lesten  
g und  
n, um  
  
von  
schrift  
Heber-  
möglich  
is nun  
darauf  
immte  
Die  
e auf  
wie  
icht bei  
ch auf  
Zellst-  
atliche  
de an,  
ach die  
rt, und  
r. In-  
onen  
für  
h eine  
wird,  
werden  
angen!  
und sich  
für die  
ist die  
Was  
Vöhne  
was  
Förde-  
schafft-  
Pflanze  
Diese  
ordent-  
berung  
ur die  
berstet  
zur  
umächst  
büchern  
riefen  
linfer  
e, daß  
n auch  
über-  
Unter  
emüßt,  
Die  
und  
id doch  
nd an-  
er zu  
ried-  
ange-  
n Auf-  
noch  
rbeiter  
ie ihm  
kommt  
bildete.  
en und  
er nur  
wissen  
at eine  
n, auch  
en ent-  
schiden,  
müßter

### Eingegangene Schriften und Bücher

**Der kleine Brodhans. Handbuch des Wissens in einem Band.** Ueber 40 000 Stichwörter auf etwa 800 dreispaltigen Textseiten, mit 5400 Abbildungen im Text und auf 90 einfarbigen und bunten Tafel- und Kartenfeldern, sowie 37 Uebersichten und Zeltafeln. — In Halbleinen geb. 23.— M., in Halbfranz geb. 30.— M.

In der soeben erschienenen achten Lieferung des „Kleinen Brodhans“ finden wir zwei Tafeln, auf denen die typischen Möbelstile aller Zeiten und Völker abgebildet sind. Den Anfang der Serie macht ein wunderbar-voller mit Blutgold und bunten Einlagen verzierter Sessel aus der Zeit des ägyptischen Königs Tut-ench-Amun, der vor mehreren tausend Jahren gelebt hat. Das letzte Bild zeigt uns einen ganz modernen Stuhl aus dem Bauhaus Weimar, der in seiner Eihouette nur die wesentliche Linie betont. Dazwischen liegen all die vielen Spielarten der anderen Stile, die das Blühen und Erleben großer Kulturepochen veranschaulichen. Beim Durchlesen des Buches werden wir immer von neuem überrascht von seiner Reichhaltigkeit. Eine anschauliche Erklärung über Hietners Notwendigkeit gibt uns Verständnis für diese neueste Ausnutzung physikalischer Gesetze. Die Uebersichten Reichverfassung und Schulwesen sollte jeder Deutsche studiert haben. Eine Karte über die geplanten Kanäle zwischen Rhein und Donau lassen uns die ungeheuren Vorteile ahnen, die ihre Vollenzung bereinst bringen wird. Die neuen Grenzen zeigt uns die vorzügliche Karte von Russland und der Türkei. Eine Abbildung der uns von Osten herbeibekanntem Burg von Schigatse gewährt uns Einblick in tibetische Baukunst. Auch ins Märchenreich werden wir geführt. Ein alter Holz-schnitt zeigt uns die lachlichen Gemüthe des Schlaraffenlandes mit seinen gebotenen Lauden, die dem Schäfer in den Mund hineinstiegen, mit den ehedem lebenden Schweinen, recht eigenartigen Pöfeln und anderem mehr. Klütern wir in der Literatur weiter, so flattern uns plötzlich einige farbenprächtige Schmetterlinge entgegen, die uns beweisen, daß auch in der Gartenkultur das Werk auf der Höhe ist.

**Die Lohnsteuer und ihre Erleichterungen und Ermäßigungen.** Von Paul Herz und Erich Kinner. Verlagsgesellschaft des VDBV, Berlin 1925. 80 Seiten. Preis broschiert 1,35 M.

Die Broschüre bringt in ihrer Einleitung eine eingehende Uebersicht über die bisherige Geschichte der deutschen Lohnsteuer und ermöglicht so allen Arbeitern, sich in der leichtesten Form mit den Problemen bekanntzumachen, die die Gestaltung der Lohnsteuer bestimmt haben und noch weiter bestimmen werden. Hieran schließt sich in einem ersten Teil eine gedrängte, leicht verständliche und umfassende Darstellung aller geltenden Bestimmungen. Eine besondere Aufgabe aber erfüllt der zweite Teil des Buches, der die Ermäßigungs- und Erleichterungsmöglichkeiten bei der Lohnsteuer in den einzelnen Fällen behandelt. Um den Arbeitern den Weg zu zeigen, wie sie ihre neugeschaffenen Rechtsansprüche geltend machen können, bringt das Buch hier insgesamt 35 Muster zu Anzeigen an das Finanzamt, an die städtische Steuerbehörde usw. Diese Art der Darstellung muß als besonders glücklich bezeichnet werden, enthebt sie doch den Arbeiter in den meisten Fällen der für ihn so beschwerlichen Arbeit, selbst einen Antrag an das Finanzamt zu verfassen. Er braucht nur die Broschüre zur Hand zu nehmen, sich das auf seinen Fall passende Muster herauszusuchen und den Antrag einfach aus der Broschüre abzuschreiben. Solche Anleitungen sind gerade in diesem Augenblick besonders wertvoll, weil in den nächsten Monaten die Erstattungs- und Ermäßigungsanträge für die zurückliegende Zeit und das kommende Jahr gestellt werden müssen. Daher wird dieses Heft für jeden Lohn- und Gehaltsempfänger von großem Nutzen sein. Vor allem wird es ein Hilfsmittel für alle Betriebsräte, Gewerkschaftssekretäre und Parteifunktionäre sein, denen, wie die Verfasser sagen, dieses Heft insbesondere genützt ist.

**Die Arbeit, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde.** Berlin, Verlagsgesellschaft des VDBV. — Das Septemberheft dieser ausgezeichneten Zeitschrift enthält wieder eine ganze Reihe wertvoller Aufsätze, die geeignet sind, allen Vorwärtsstrebenden Einblick in die Wirtschaft zu geben. Dr. Fritz Waacke schreibt über Verbilligung der landwirtschaftlichen Produkte, Dr. Paul Olsberg über die russische Agrarrevolution. Sehr beachtenswert sind die Ausführungen von G. Kaufmayer über Wirtschaftskrisen der Gewerkschaften. Die Zeitschrift sollte überall dort gelesen werden, wo das Streben nach Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge unterstützt werden soll. Die Aufsätze sind trotz ihrer wissenschaftlichen Charakters leichtsinnig und interessant geschrieben.

**Naoul Francis: Das Land der Sehnsucht.** Ein wunderbares Buch, das der „Büchertreis“ seinen Lesern in die Hand gibt! Mit und Jung werden es mit Freude lesen! Der große Naturforscher irrt sich nicht, wenn er in dem in der Monatschrift des „Büchertreises“ gegebenen Einführungsartikel „Mein Buch von Eiden und Ich“ schreibt: „Ich freue mich unendlich auf die vielen tausend Leser, in deren Herzen ich ein wenig von der atemlosen Freude und inneren Seeligkeit stecken kann, die ich empfand auf meinen Wanderfahrten in fernen Ländern und Meeren. Ich bin in Arabien gewesen und habe zwischen den Koralleninseln gelebt. Und das afrikanische Meer habe ich als Naturforscher in seiner unbefruchteten Schönheit erschaut. Und Italien von oben bis unten und Südfrankreich und die vergessenen Märchenländer des alten byzantinischen Reiches. Von den Abenteuern, den Freuden, dem tiefen Blick in die Welt, die ein Naturforscher und ein Philosoph von dort mitbringen kann, rede ich nun in meinem Buch.“ Man muß schon sagen, daß der „Büchertreis“ hält, was er versprochen hat: exzellente Literatur für Billigste Geld dem wertvollsten Volk in die Hand zu geben! Wenn wir hören, daß das nächste Buch des „Büchertreises“ einen unveröffentlichten Roman von Maxim Gorki, dem großen russischen Dichter, bringen wird, so begrüßt den „Büchertreis“ für seine Tätigkeit alle Anerkennung — und auch alle Unterstützung! — Anmeldungen für den Büchertreis nimmt auch unsere Abteilung „Bücher und Schriften“ entgegen.

Der Sozialdemokratische Reichskalender für 1926 ist bereits erschienen. Er bildet schon rein äußerlich einen freundlichen Himmelskind. Der Blick ist wieder in Kupferdruck hergestellt, so daß die auf jedem Blatt gegebenen Bilder besonders gut hervortreten. Der Kalender hat infolgedessen eine Bereicherung erfahren, als die täglich verzeichneten historischen Daten von drei auf acht vermehrt wurden. Auch die von den einzelnen Organisationen gegebenen Informationen sind zahlreicher als in früheren Jahren, so daß nunmehr nahezu alle zentralen Institutionen der Partei, Gewerkschafts-, Angehörigen- und Frauenbewegung vertreten sind. Die Rubriken bieten ein reiches statistisches Material aus den verschiedensten Gebieten, besonders aber eine Fülle sorgfältig ausgewählter Texte und Sprüche. Diese Seite sind in der Regel den Berichten der Verfasser entnommen, die in den Daten der betreffenden Tage genannt werden. So gibt der Kalender auf mehr als 700 Seiten Belehrung und Unterhaltung in weitem Maße. Der Preis beträgt 2 M. Der Sozialdemokratische Reichskalender kann durch alle Parteibuchhandlungen bezogen werden, ebenfalls direkt vom Verlage, der Vorwärts-Buchdruckerei in Berlin SW 68, Hindenburgstr. 2.

**„Rinderland“, ein Jahrbuch für die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes.** Verlag Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin. Preis gebunden 1,25 M.

Der Kalender „Rinderland“ für das Jahr 1926 ist in seinem vierten Jahrgang erschienen. Dieses vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsbewegung herausgegebene Heftchen, das sich an die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes wendet und sich einer von Jahr zu Jahr steigenden Beliebtheit erfreut, ist wie seine Vorgänger, wieder fest und halt, heilsam und unterhaltend gestaltet. In erfreulicher Weise haben auch diesmal die Kleinen in Bild und Text an „ihrem“ Buch mitgearbeitet. Schon der Einband wirkt anziehend für das kindliche Gemüt. Ein in großen Farben gezeichnetes Bild, das noch einer aus Duntpapier angefertigten Kleberarbeit reproduziert ist, schmückt den Deckel. Als Eingangsbild ist eine farbige Szene von Ludwig Richter gewählt. Sechs Tafelbilder (u. a. von Döblin), sechs Buchdruckvollbilder nach Vorlagen hervorragender Künstler, zahlreiche Steinbilder, Scherenschnitte und Signetten beleben den Text. Die Umrahmungen des Kalenderartikels sind diesmal neu. Sie stellen Märchenfiguren dar; die Kleinen selber sollen die einzelnen Märchen erraten und ihre Lösungen der Kalenderredaktion einreichen. Märchen und Gedichte, Rätsel, Fabeln, Wanderreisen geographischer und naturwissenschaftlicher Art sind in hübscher Weise vorhanden. Kleinen Kalligraphen sind Anregungen und Anleitungen gegeben, wie sie sich selbst einen Radio- und einen Flugapparat bauen können.

**Wie soll unser Kind heißen?** Von J. Oberst. Dehrmetzer-Bücherei Nr. 763. Verlag Buchmeister u. Thal, Leipzig. Das Büchlein ist in der Hauptsache eine Zusammenstellung der in Deutschland üblichen Vornamen. Die jede Familie in Erwartung eines Nachwuchses stets lebhaft bewegende Frage „Wie soll unser Kind heißen?“ kann an Hand dieses Heftchens leichter beantwortet werden. Preis 30 Pf.

**Wie gründet und leitet man einen Verein?** Von Heinrich Gutz. Dehrmetzer-Bücherei Nr. 760-761. Verlag Buchmeister u. Thal, Leipzig.

**„Kommet-Freilauf“**  
gehört in jedes Fahrrad!  
Unverwundlich im Gebrauch!

**Garantie-fahrräder**  
mit hie laut  
Herrn: **76<sup>00</sup>** M.  
Damen: **84<sup>00</sup>** M.  
Auch Vorläufer kostenlos Katalog von der  
**Sigurd-Gesellschaft m. b. H. Cassel 107**

# Der Bücherkreis

ist die

Organisation der Werktätigen, die gern ein gutes Buch für wenig Geld lesen wollen.

Für 1.— Mf. monatlich oder 3.— Mf. vierteljährlich erhalten die Mitglieder des „Bücherkreises“ die monatlich erscheinende reich illustrierte Zeitschrift „Der Bücherkreis“ und in jedem Vierteljahr ein literarisch wertvolles Buch. Im Geschäftsjahr 1924/25 hat der „Bücherkreis“ neben den 12 farbig illustrierten Monatsheften folgende Bücher herausgebracht:



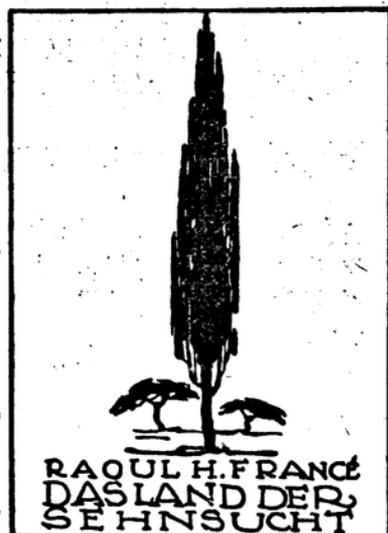
**Friedrich Wendel**  
**„Das 19. Jahrhundert in der Karikatur“**

**Martin Andersen Nerg**  
**„Sühne“**

**Paul Zech**  
**„Die Geschichte einer armen Johanna“**

**Raoul H. Francé**  
**„Das Land der Sehnsucht“**

Als erstes Buch im neuen Geschäftsjahr erscheint ein neuer, bisher unveröffentlichter Roman von **Magim Gorli**  
**„Der Sohn der Nonne“**



Um den schon jetzt tausende von Mitgliedern zählenden „Bücherkreis“ zu erweitern und vielfachen Wünschen entsprechend, haben wir eine Zahlstelle des „Bücherkreises“ übernommen, sodaß auch diejenigen Kolleginnen und Kollegen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Mitglied des „Bücherkreises“ werden können, an deren Wohnort keine Zahlstelle desselben besteht. Wer nähere Auskunft über den „Bücherkreis“ wünscht und Mitglied werden will, schreibe an die

**Abteilung Bücher und Schriften, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter**  
Berlin SO. 33, Schlesiische Straße 42 III

**Ein Kriminalroman**  
**von ungeheurer Spannung**

181:

**Lawrence H. Desberry**

**An den Ufern des Hudson**

Aus dem amerikanischen Manuskript  
übertragen von Hermynia zur Mühlen.

200 Seiten, in Halbleinen gebunden, Mk. 4.50

Im Mittelpunkt einer psychologisch und kriminalistisch scharf aufgebauten Handlung stehen die verbrecherischen Taten des „Klu-Klux-Klan“, einer Geheimorganisation Amerikas, der brutale und auf Unterdrückung eines ganzen Erdteils hinauslaufende Kampf einer handvoll Dollarmillionäre und die leidenschaftliche Abwehr der Unterdrückten, der Arbeiter, Juden, Iren und Neger.

Zu beziehen durch:

**Abteilung Bücher und Schriften,**  
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter,  
Berlin SO 33, Schlesiische Straße 42

**Richard Seidel**

**Die Gewerkschaften nach dem Kriege**

Preis: In Ganzleinen 6.— Mark

Das Buch stellt die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland seit 1918 dar, beleuchtet die allgemeine Lage der Bewegung, wie sie sich infolge der revolutionären Ereignisse gestaltet hat, und erörtert in einer Reihe von Abhandlungen die infolge der Veränderung der allgemeinen Situation für die Gewerkschaften aufgetauchten Probleme und Aufgaben im einzelnen. Der Verfasser steht im praktischen Leben der Bewegung und gründet seine Darstellung auf die intime Kenntnis der Tatsachen, die sich aus einer unmittelbaren Teilnahme an der Bewegung ergibt.

Zu beziehen durch die

**Abteilung Bücher und Schriften**

Berlin SO 33, Schlesiische Straße 42